

7. Die Einstellungen der Mitglieder

7.1 Politischer Raum: Die grundlegende Verortung der Einstellungen

Die Verortung der Mitglieder im zweidimensionalen politischen Raum, erhoben durch jeweils vier Kernaussagen zur sozioökonomischen und soziokulturellen Ausprägung, zeigt mit Blick auf den additiven Gesamtindex – der einen Durchschnittswert aller Items der jeweiligen Dimension abbildet – zunächst nur akzessorische Unterschiede zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei. Mit einer euklidischen Distanz von lediglich

$$d_{(\text{Neumitglieder, Gesamtpartei})} = \sqrt{((-3,21 - (-3,07))^2 + (2,13 - 2,12)^2} = 0,14LE$$

in einem rekodierten kartesischen Koordinatensystem¹ positionieren sich beide Untersuchungsgruppen nahezu kongruent im politischen Raum (Abb. 59).

Die Ergebnisse bestätigen zunächst – erwartungsgemäß und wenig überraschend – eine Kernaussage der Parteimitgliederstudien von 1998, 2009 und 2017² wonach sich die politischen Einstellungen der LINKEN-Mitglieder im zweiten Quadranten des Raums den Polen der sozialen Gerechtigkeit und libertären Politik annähern.³ Stärker differenziert reiht sich die vorliegende Studie jedoch auch in einen Trend ein, der sich bereits durch die Befunde vorangegangener Parteimitgliederstudien abzeichnete: Im Längsschnitt-Vergleich aller Studien distanziert sich die Mitgliedschaft der LINKEN einerseits innerhalb der sozioökonomischen Dimension leicht vom Pol der sozialen Gerechtigkeit und nähert sich andererseits auf der soziokulturellen Achse stärker dem Pol einer libertären Politik an. Damit besteht im Vergleich zu den gemäßigten Wählern der Partei hinsichtlich ihrer Verortung im politischen Raum – zumindest anhand der

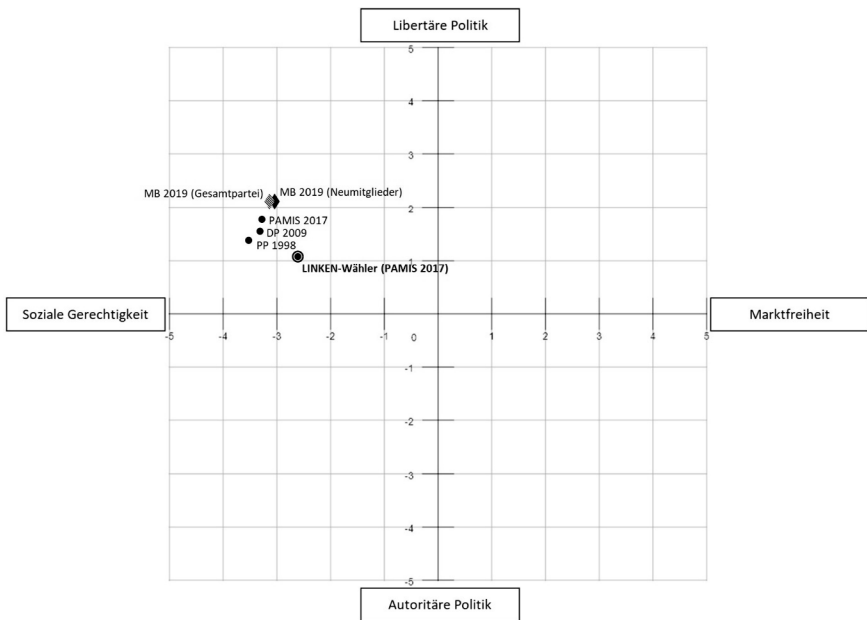
1 Die Studienteilnehmer beurteilten die jeweiligen Items auf einer 11-stufigen Skala zwischen den Polen 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) und 11 (»stimme voll und ganz zu«). Für die hier beschriebenen Ausführungen wurden die Antworten der Teilnehmer zunächst so rekodiert, dass niedrige Werte die Pole »Soziale Gerechtigkeit« und »Autoritäre Politik« bzw. hohe Werte die Pole »Marktfreiheit« und »Libertäre Politik« implizieren. Anschließend wurde der Wertebereich der Skala für beide Achsen des Koordinatensystems zwischen -5 und 5 festgelegt. Die Daten der weiteren Studien wurden entsprechend skaliert.

2 Daten für die PP 1998 und DP 2009: Spier 2011b, S. 133; Daten für die PAMIS 2017: GESIS 2021.

3 vgl. Spier 2011b, S. 133.

vorliegenden Daten von 2017 – ein ambivalentes Spannungsverhältnis, innerhalb dessen sich die LINKEN-Mitglieder zwar sozioökonomisch allmählich den Wählern der Partei nähern, sich jedoch deutlicher soziokulturell von ihnen entfernen und die euklidische Distanz vergrößern. Die Fortsetzung des gegensätzlichen Trends könnte DIE LINKE, vorausgesetzt ihre Mitglieder üben durch innerparteiliche Partizipation erheblichen Einfluss auf künftige Programmdebatten aus und bilden folglich einen Indikator für den Kurs der Partei, vor Herausforderungen stellen. Es ist naheliegend, dass ein zu großer Abstand zwischen Partei und Wählern im politischen Raum eher den Verlust derer Wählergruppen forciert, die sich inhaltlich immer weniger mit der LINKEN identifizieren. Gleichzeitig kann die Partei dem Druck ausgesetzt werden, den Verlust ihrer ursprünglichen Wähler durch das Erschließen neuer Wählergruppen zu kompensieren. Die bereits im vorherigen Abschnitt thematisierte komplexe Konkurrenzstruktur mit anderen Parteien sollte dies jedoch erschweren.

Abbildung 59: Verortung der Mitglieder im zweidimensionalen politischen Raum (schwarze Raute: Neumitgl., gestrichelte Raute: Gesamtpartei). Vergleichende Darstellung



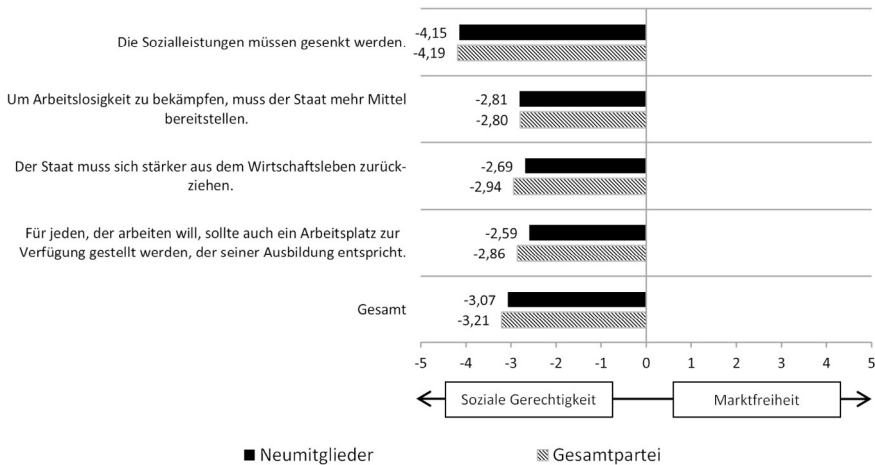
Eigene Darstellung nach Spier et al. 2011, S. 133; GESIS 2021

Da die Ergebnispräsentation des Gesamtindex zwar die präzise Verortung beider Untersuchungsgruppen im politischen Raum ermöglicht, jedoch keine Aussagen zur Entstehung der jeweiligen Koordinatenpunkte zulässt, ist die analytische Vertiefung bezüglich der jeweiligen Einzelitems beider Dimensionen sinnvoll.

Die sozioökonomische Dimension (Abb. 60) zeigt zunächst ein homogenes Muster im Antwortverhalten der Befragten, wobei alle Aussagen – mit Ausnahme größerer Mit-

tel im Kampf gegen Arbeitslosigkeit – von der Gesamtpartei zugunsten des Pols der sozialen Gerechtigkeit etwas mehr Zustimmung bzw. Ablehnung erfahren. In der Gesamtschau ist die euklidische Distanz beider Analysegruppen im politischen Raum nahezu ausschließlich auf ihre Gesamtdifferenz auf der sozioökonomischen Achse zurückzuführen. Die größte Annäherung an den Pol der sozialen Gerechtigkeit äußert sich sowohl bei Neumitgliedern als auch mit Blick auf die Gesamtpartei in der Ablehnung gegenüber einer möglichen Senkung von Sozialleistungen – angesichts zahlloser politischer Forderungen der LINKEN, die sich traditionell für einen Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge einsetzt, ein Schulterschluss mit dem Parteiprogramm. Der Konsens der Befürwortung regulativer Eingriffe des Staates in den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und den Arbeitsmarkt rundet, wenngleich weniger stark, die Positionierung der Parteimitglieder in der klassischen Konfliktlinie Arbeit versus Kapital auf der Seite der Arbeit bzw. im moderneren Sinne der sozialen Gerechtigkeit ab.

Abbildung 60: Sozioökonomische Dimension des politischen Raums. Rekodierte Mittelwerte

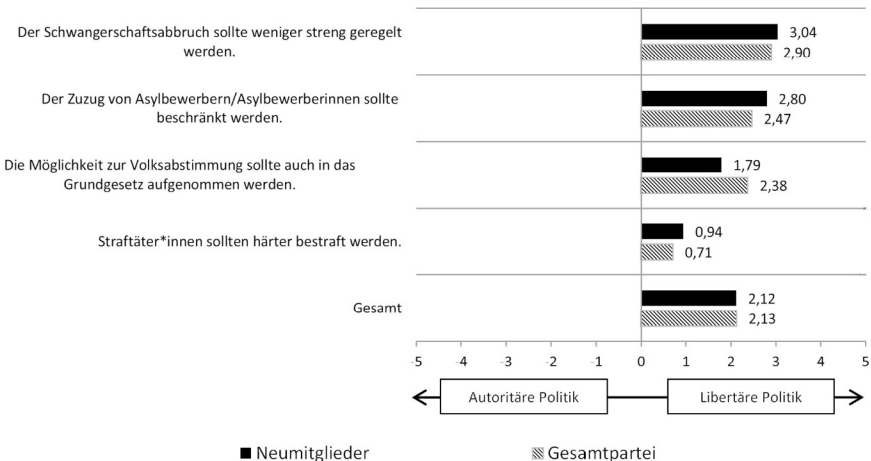


Eigene Darstellung

Die soziokulturelle Ebene (Abb. 61) erfährt eine schwächere Polarisierung, obgleich die Orientierung hin zu libertärer Politik bei allen Einzelitems erkennbar ist. Trotz des nahezu deckungsgleichen Gesamtdurchschnitts ist das Antwortverhalten hinsichtlich der einzelnen Items aufgrund einer Anomalie heterogener ausgeprägt als auf der sozioökonomischen Achse: Die Forderung nach einem Ausbau direktdemokratischer Teilhabe durch die Verankerung von Volksabstimmungen im Grundgesetz wird von den Neumitgliedern ab 2014, wenngleich mehrheitlich befürwortet, sichtlich häufiger abgelehnt als von der Gesamtpartei. Gleichzeitig spricht sich die Gesamtpartei, deren Mittelwerte zwar ebenfalls bei allen Items zum libertären Pol tendieren, etwas stärker für die Zugzugsbeschränkungen für Asylbewerber und härtere Urteile für Straftäter, im Sinne eines eher autoritären Law-and-Order-Grundsatzes aus. Gleichwohl im Gesamtdurchschnitt

fast identisch ordnen Neumitglieder und Gesamtpartei somit die einzelnen Aussagen geringfügig unterschiedlich ein.

Abbildung 61: Soziokulturelle Dimension des politischen Raums. Rekodierte Mittelwerte



Eigene Darstellung

Trotz der ausgeführten Variationen im Antwortverhalten beider Analysegruppen erfolgt die Einordnung der Befragten in den politischen Raum in der Gesamtschau überaus kongruent. So ist nicht nur der Unterschied zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei marginal, ebenso können nach Betrachtung der Befragungsergebnisse keine Abhängigkeiten zwischen der Positionierung und den soziodemografischen Variablen des ersten Befragungskomplexes, signifikante Abweichungen zwischen neuen und alten Bundesländern oder zwischen urbanem und ländlichem Raum festgestellt werden. Die Mitgliedschaft der LINKEN bildet sich folglich gemessen an den abgefragten Items im zweidimensionalen Politikraum als offenkundig überwiegend homogene Gruppe ab.

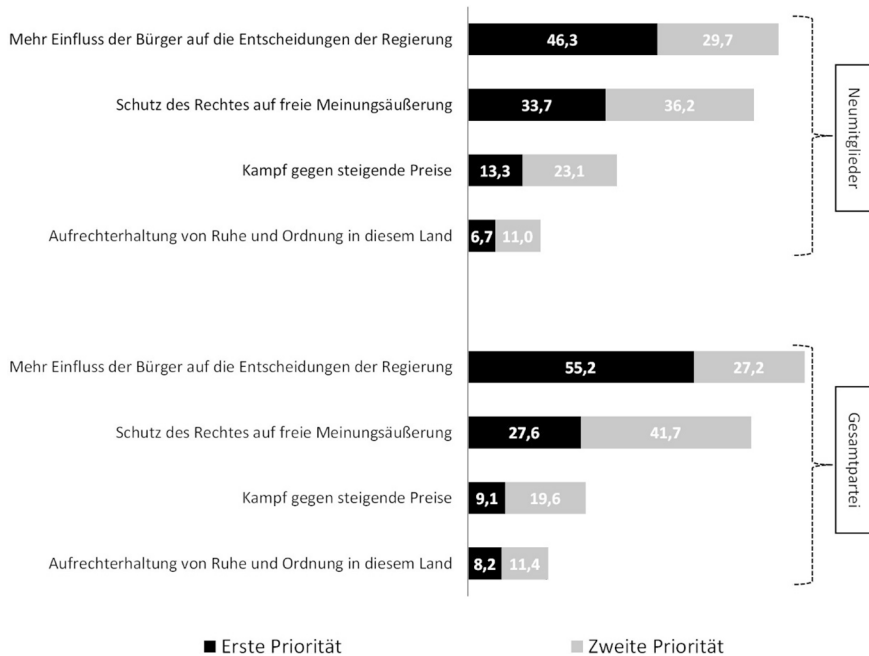
7.2 Postmaterialisten oder Materialisten? Der Inglehart-Index

Der Inglehart-Index hilft dabei, die Priorisierung von Politikzielen durch mögliche materialistische bzw. postmaterialistische Tendenzen – bzw. die Rolle von In- und Output-legitimation des politischen Systems – bei den LINKEN-Mitgliedern weiter zu konkretisieren.

Das standardisierte Erhebungsverfahren (vgl. Abschnitt 3.3.2) ergibt zunächst mit Blick auf die vier Einzelitems der Frage einen recht eindeutigen Befund, unabhängig der Analysegruppe (Abb. 62): 80 Prozent der Neumitglieder (Gesamtpartei: 82,8 Prozent) nennen eines der beiden postmaterialistischen Politikziele als ihre erste Priorität und lediglich etwa einer von fünf Befragten setzt ein materialistisches Ziel auf den ersten Rangplatz. Obwohl sich diese Anteile bei beiden Analysegruppen ähneln, so bestehen

doch Unterschiede in der Gewichtung der jeweiligen postmaterialistischen und materialistischen Items. Die Balance zwischen beiden postmaterialistischen Zielen ist hierbei für die Gruppe der Neumitglieder deutlich ausgeglichener als im Kontext der Gesamtpartei. Zwar besitzt der Einfluss der Bürger auf Regierungsentscheidungen für beide Gruppen eine höhere Priorität als der Schutz der freien Meinungsäußerung, dennoch nähern sich beide Items bei den Neumitgliedern im Verhältnis deutlich aneinander an, während sich die Gesamtpartei offenkundig fokussierter für den Einfluss der Bürger ausspricht. Die Betrachtung der materialistischen Ziele offenbart hingegen ein umgekehrtes Muster, bei dem die Neumitglieder dem Kampf gegen steigende Preise, d.h. der Inflationsbekämpfung, eine vergleichsweise größere Bedeutung beimisst als der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, wohingegen beide Ziele für die Gesamtpartei, zumindest aus der Perspektive des ersten Rangplatzes, eine ähnlich hohe Bedeutung besitzen.

Abbildung 62: Inglehart-Index: Priorisierung der Items; relative Anteile in Prozent

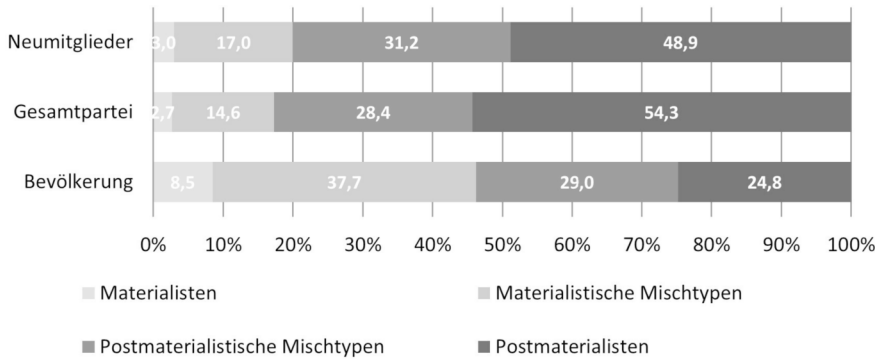


Eigene Darstellung

Die Unterschiede eröffnen einen detaillierteren Blickwinkel auf die Typenbildung des Inglehart-Indexes bzw. auf die anteilige Zusammensetzung der jeweiligen Ideal- und Mischtypen in den untersuchten Gruppen (Abb. 63). Deren Verteilung mag zunächst in beiden Mitgliedergruppen ähnlich sein, ihre Entstehung ist jedoch nicht auf ein vollständig homogenes Antwortverhalten von Neumitgliedern und Gesamtpartei zurückzuführen: So ist der Anteil derer, die dem postmaterialistischen Schutz der freien Mei-

nungsäußerung die höchste Bedeutung zuweisen, bei den Neumitgliedern um 6,1 Prozentpunkte höher als in der gesamten Partei, dennoch liegt bei letztgenannter in Summe ein leicht höherer Anteil des postmaterialistischen Ideal- und Mischtyps vor, der hierbei vor allem durch die dominierende Priorisierung des Einflusses auf Regierungsentscheidungen forciert wird.

Abbildung 63: Inglehart-Index: Typenverteilung und Bevölkerungsvergleich; relative Anteile in Prozent



Bevölkerungsdaten: GESIS 2019

Eigene Darstellung

Der Vergleich der durch die Mitgliederbefragung 2019 gewonnenen Erkenntnisse mit bundesweiten Bevölkerungsdaten⁴ zeigt darüber hinaus markante Unterschiede zwischen den Parteimitgliedern der LINKEN und der Gesellschaft. Letztgenannte zeichnet sich durch einen geringfügig höheren Anteil von Personen aus, die dem postmaterialistischen Ideal- oder Mischtyp zugeordnet werden können, wobei die Gewichtung der beiden Attribute zugunsten eines höheren Anteils des Mischtyps ausfällt. Die Daten für die deutsche Bevölkerung bestätigen dabei die These des postmaterialistischen Wertewandels seit den 1980er Jahren, der mit dem Beginn der 2010er Jahren einem gewissen Stillstand unterliegt.⁵ Bei den Mitgliedern der LINKEN liegt hingegen ein ungleich höherer Anteil des postmaterialistischen Ideal- bzw. Mischtyps vor, wobei der Idealtyp in beiden Untersuchungsgruppen die erheblich größere Mehrheit bildet. Gemessen an den Daten für die Neumitglieder kann jedoch auch in der parteiinternen Betrachtung eine Stagnation des Wertewandels festgestellt werden, die sich gar in einem rückwärtigen Trend, insbesondere hinsichtlich des postmaterialistischen Idealtyps, bei den Eintritten zwischen 2014 und 2019 äußert.

Selbstverständlich lässt die Analyse der Mitglieder einer einzelnen Partei allein keine Rückschlüsse auf die gesamte Parteienlandschaft zu. Gleichwohl erscheint eine vergleichsweise bedeutendere Rolle der Inputlegitimation für Mitglieder – speziell für jene

4 Bevölkerungsdaten: GESIS 2019, S. 108.

5 Vgl. Scheuer 2013, S. 379f.

einer hauptsächlich in der Opposition stehenden Partei – schlüssig, sollte doch gerade für sie der politische Einflusswunsch und der Schutz der freien Äußerung von (Minderheits-)Meinungen im politischen Diskurs eine besonders tragende Rolle spielen. Sicher ist, dass die Mitgliedschaft der LINKEN mit Blick auf die Verteilung der unterschiedlichen Typen zwar den gesellschaftlichen Wertewandel abbildet, jedoch insofern signifikant von der gesamtdeutschen Bevölkerung abweicht, dass Menschen mit einer primär materialistischen Priorisierung von Politikzielen in ihren Reihen stark unterrepräsentiert sind.

Wird in einem weiteren Schritt die Typologie vor dem Hintergrund soziodemografischer Merkmale und der Gesamtpartei betrachtet, so fällt das Augenmerk insbesondere auf Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Parteimitgliedern und Alterskohorten. Im Bevölkerungsvergleich zwischen neuen und alten Bundesländern überwog bis in die frühen 2000er Jahre der Anteil der beiden materialistischen Typen in Ostdeutschland jenen in Westdeutschland, wodurch sich der postmaterialistische Wertewandel im Osten sichtbar langsamer vollzog. Ab 2004 bestanden schließlich nur noch geringere Unterschiede und das Verhältnis zwischen Materialisten und Postmaterialisten entwickelte sich in beiden Landesteilen trotz eines nach wie vor leicht größeren Anteils von Materialisten im Osten, 2012 etwa 6,0 Prozentpunkte höher als im Westen, vergleichsweise kongruent.⁶ Die Analyse der Typenverteilung unter den Mitgliedern der LINKEN bestätigt diesen Entwicklungstrend und zeigt mit einem um 5,7 Prozentpunkte höheren Anteil von Materialisten in den neuen Bundesländern auch im Jahr 2019 Unterschiede zwischen beiden Landesteilen (Abb. 64), wenngleich das grundsätzliche Verhältnis zwischen Materialisten und Postmaterialisten wie zuvor erläutert stark von der Bevölkerung abweicht. Dass die Parteimitglieder in den ostdeutschen Landesverbänden deutlicher zu materialistischen Politikzielen tendieren, impliziert darüber hinaus der ungleich geringere Anteil des postmaterialistischen Idealtyps: Können in den alten Bundesländern mit 60,2 Prozent weit mehr als die Hälfte diesem Typ zugeordnet werden, priorisiert mit 54,1 Prozent der ostdeutschen Parteimitglieder die Mehrheit mindestens ein materialistisches Politikziel.

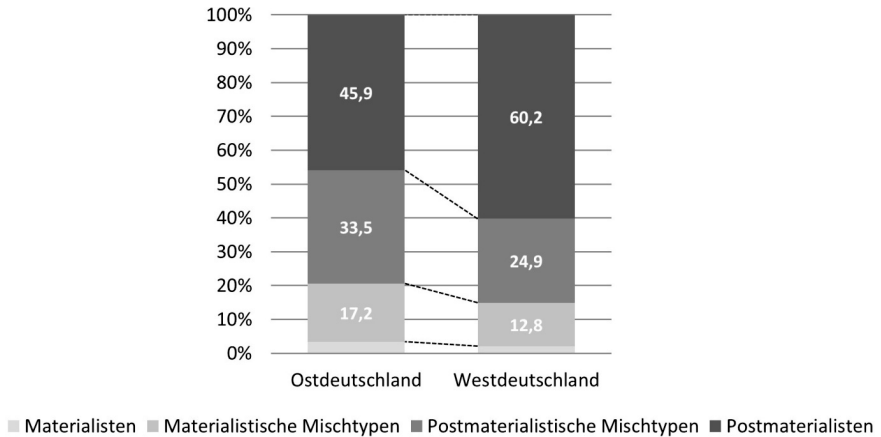
Der Theorie des Wertewandels folgend, sollten eher jüngere Menschen dazu neigen, postmaterialistische Politikziele stärker zu priorisieren, während für ältere Personen ein eher materialistischer Trend postuliert wird.⁷ Dem widersprechend offenbart der Blick in die Studienergebnisse der Mitgliederbefragung 2019 ein abweichendes Bild der LINKEN-Mitglieder (Abb. 65). Zwar erreicht der Anteil von Postmaterialisten und postmaterialistischen Mischtypen bei allen untersuchten Gruppen Werte oberhalb von 80 Prozent, dennoch entfaltet sich der Zuspruch zu postmaterialistischen Zielen vor allem bei der Nachkriegs- und deren Folgegeneration, was insbesondere durch den hohen Anteil des postmaterialistischen Idealtyps in den beiden Altersgruppen zwischen 46 und 75 Jahren deutlich wird. Angesichts eines leichten Rückgangs der postmaterialistischen Prioritäten bei den ältesten Parteimitgliedern wird die wesentliche Erkenntnis vorangegangener Studien – der Wertewandel sei in Deutschland weitgehend ein Generationenphäno-

6 Vgl. Scheuer 2013, S. 379.

7 Vgl. ebenda, S. 380.

men zwischen Vor- und Nachkriegskohorten⁸ – in der Mitgliederstruktur der LINKEN zumindest ansatzweise abgebildet.

Abbildung 64: Inglehart-Index: Typen nach ostdeutschen und westdeutschen Parteimitgliedern; relative Anteile in Prozent (Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

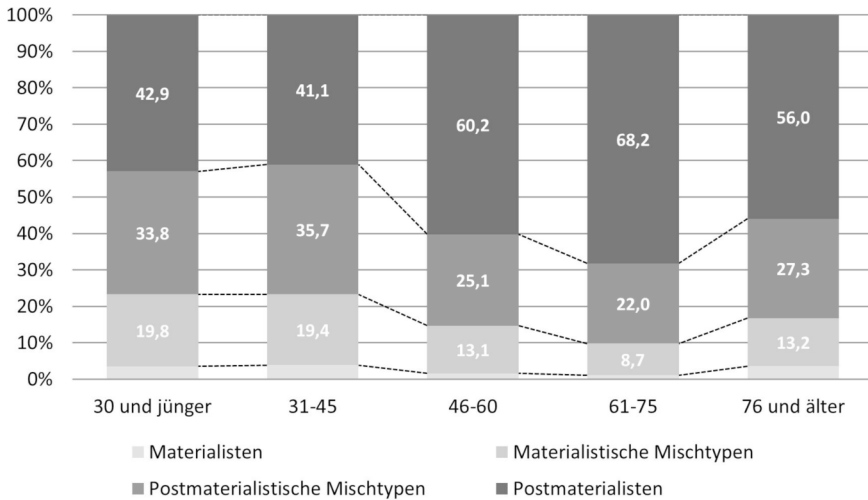
Tatsächlich ist aber der materialistische Anteil bei jüngeren Parteimitgliedern am größten und übersteigt gar jenen Wert, den die Jahrgänge vor 1943 – 76 und älter – erreichen. Darüber hinaus ist auch das Verhältnis zwischen postmaterialistischem Idealtyp und den jeweiligen postmaterialistischen Mischtypen bei den jüngeren Parteimitgliedern ausgeglichener, überwiegt doch bis in die Jahrgänge der frühen 1970er Jahre ein Ungleichgewicht zugunsten eines erheblich höheren Anteils des Idealtyps. Einen Erklärungsansatz bietet etwa der Zusammenhang zwischen ökonomischer Situation – in operationalisierter Form von Inflationsraten – und dem Zuspruch des Items »Kampf gegen steigende Preise«, der bereits in früheren Studien⁹ erörtert wurde und nachdem materialistische Prioritäten bei höheren Inflationsraten steigen. Demnach könnte die materialistische Tendenz jüngerer Mitglieder und späterer Eintrittsjahre etwa als eine Folge der globalen Finanzkrise 2007/2008 und einer angespannten weltwirtschaftlichen Situation in den Folgejahren begriffen werden. Umstritten wäre hierbei jedoch die Generationenfrage, da nicht nur jüngere Personen von den Konsequenzen betroffen waren bzw. sind und unklar ist, ob der Inglehart-Index tatsächlich in der Lage ist, langfristige Trends abzubilden oder lediglich ein Schaubild kurzfristiger Veränderungen als Reaktion schwankender ökonomischer Rahmenbedingungen darstellt.¹⁰

8 Vgl. Scheuer 2013, S. 380.

9 Vgl. Klein/Pötschke 2000, S. 209; Hansen/Tol 2003.

10 Vgl. Klein/Pötschke 2000, S. 208.

Abbildung 65: Inglehart-Index: Typen nach Altersgruppen; relative Anteile in Prozent (Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Grundsätzlich kann ein Ende des postmateriellen Übergewichts innerhalb der LINKEN-Mitgliederstruktur aus den vorliegenden Ergebnissen nicht abgeleitet werden, wenngleich eine steigende Bedeutung materialistischer Politikziele offenkundig ist und diese sich wohl auch aufgrund der angeschlagenen weltwirtschaftlichen Situation nach der Corona-Pandemie und dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 über den Untersuchungszeitraum dieser Studie fortsetzen dürfte.

7.3 Institutionenvertrauen

a) Gesamtüberblick nach einzelnen Institutionen Die Gesamtschau über alle abgefragten Einzelinstitutionen (Abb. 66) offenbart zunächst eine auch mit Bevölkerungsumfragen vergleichbare Spitze der Rangfolge, wonach die regulativen Institutionen der Justiz und der Gerichte, d.h. der Judikativen, gemessen am Antwortverhalten und den sich daraus ergebenden Mittelwerten¹¹ das höchste Vertrauen genießen.¹² Bemerkenswert ist hierbei, dass sich Neumitglieder im Vergleich zur Gesamtpartei durch ein sichtbar höheres Vertrauen in diese Institutionen – sowohl bei Justiz, als auch im Fall des Bundesverfassungsgerichts liegt der Anteil derer, die diese Institutionen als mindestens »eher vertrauenswürdig« einschätzen, bei über 80 Prozent – auszeichnen.

Auf Einrichtungen der Judikative folgen Repräsentativkörperschaften in absteigender Reihenfolge der Distanz bzw. Politikebene, wobei Kommunalparlamente vor Länder-

11 Die Mittelwerte stellen Durchschnittswerte dar, die sich aus der Kodierung des Antwortverhaltens ergeben. Sie können je nach Vertrauen gegenüber der jeweiligen Institution Werte zwischen 1 (»überhaupt nicht vertrauenswürdig«) und 4 (»sehr vertrauenswürdig«) annehmen.

12 Vgl. hierzu Decker 2019, S. 39.

parlamenten und dem Bundestag das größte Vertrauen in diesem Block innehaben. Eine ambivalente Sonderposition nehmen Bürgermeister ein, die zwar aufgrund ihrer Positionierung nach dem Bundestag mit der o.g. Logik brechen, jedoch angesichts der Tatsache, dass DIE LINKE bundesweit nur eine überaus geringe Zahl von Bürgermeistern stellt¹³, dennoch mit Werten oberhalb von 60 Prozent im Bereich »eher vertrauenswürdig« oder »sehr vertrauenswürdig« die mehrheitliche Anerkennung aus der LINKEN-Mitgliedschaft genießen. Anders als etwa im Fall von Landesregierungen oder Bundesregierung muss eine abweichende Parteizugehörigkeit der Amtsinhaber nicht zwangsläufig zu erhöhtem Misstrauen unter den LINKEN-Mitgliedern führen.

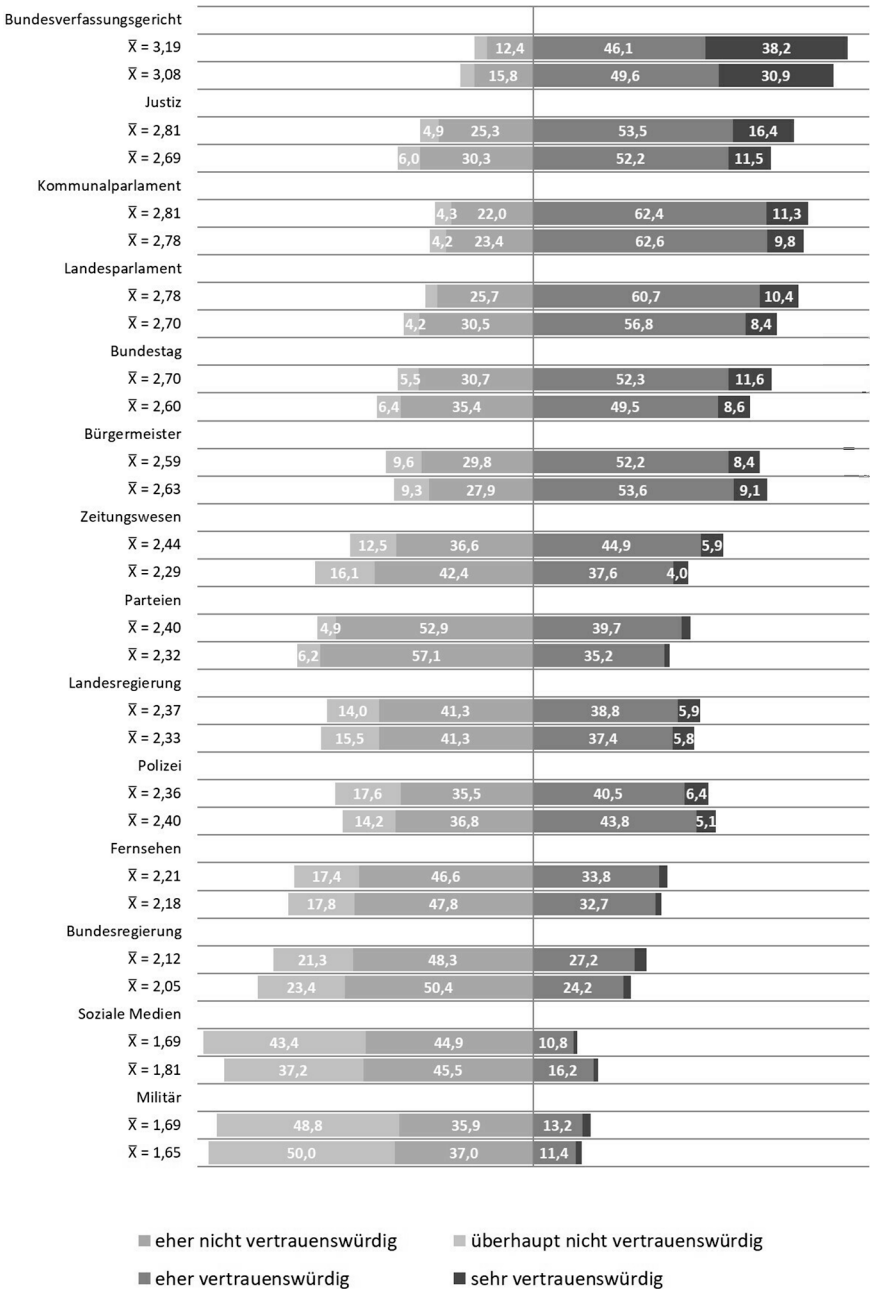
Mit Blick auf das Vertrauen der Parteimitglieder gegenüber verschiedenen Medienformen schneidet das Zeitungswesen gegenüber Fernsehen und sozialen Medien am besten ab. Während mit 50,8 Prozent noch eine knappe Mehrheit der Neumitglieder in Printmedien vertraut, stellt das Zeitungswesen für die Gesamtpartei innerhalb der Rangfolge aller Institutionen eine Zäsur dar: So ist es die erste Institution, der eine Mehrheit mit größerem Misstrauen gegenübersteht. Interessanterweise sprechen Neumitglieder den klassischen Medienformen der Zeitungen und des Fernsehens ein im Kontext zur gesamten Partei größeres Vertrauen aus, während soziale Medien als modernere Erscheinungsformen – gleichwohl sie in beiden Analysegruppen zu den Schlusslichtern aller untersuchten Institutionen gehören – von ihnen hinsichtlich des entgegengebrachten Vertrauens merklich kritischer gesehen werden. Ob diese Kritik der größeren Medienkompetenz einer jüngeren Generation von Parteimitgliedern im Zeitalter kaum moderierter (und moderierbarer) Falschnachrichten auf Facebook und Co. geschuldet ist, kann die vorliegende Studie nicht belegen. Offenkundig ist jedoch, dass sich das Vertrauen in den vorwiegend professionellen Journalismus der klassischen Medien bei den Mitgliedern der LINKEN stärker ausgeprägt abbildet, wenngleich das Zeitungswesen durch ein ambivalentes Vertrauensgefüge gekennzeichnet ist und das Fernsehen trotz seines Vorsprungs gegenüber sozialen Medien von etwa zwei Dritteln der Befragten als »eher nicht vertrauenswürdig« oder gar »überhaupt nicht vertrauenswürdig« bewertet wird und sich somit ebenfalls im unteren Teil der Rangfolge positioniert.

Parteien, im allgemeinen Sinne als verfassungsrechtlich vorgesehene und integrale Bestandteile der deutschen Demokratie, begegnen Mitglieder der LINKEN mehrheitlich mit Misstrauen, wobei dieses bei den Neumitgliedern weniger ausgeprägt ist als in der gesamten Partei. In Anlehnung an Bevölkerungsumfragen wird dennoch ein vergleichsweise größeres Vertrauensniveau erreicht: So hielten in einer 2019 durchgeführten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung lediglich 22,5 Prozent der Befragten Parteien für vertrauenswürdig, Sympathisanten der LINKEN sprachen gar nur zu 8,1 Prozent ihr Vertrauen aus.¹⁴

13 Vgl. Egner 2018, S. 56.

14 Vgl. Decker 2019, S. 39f.

Abbildung 66: Vertrauen nach Institution; relative Häufigkeiten in Prozent und arithmetische Mittel (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Dass Mitglieder der überwiegend als Oppositionspartei fungierenden LINKEN Landesregierungen und der Bundesregierung mehrheitlich kritisch gegenüberstehen, liegt in der Natur der Sache. Die notwendige Untersuchung des Vertrauens hinsichtlich der Regierungen in den einzelnen Ländern für ein differenziertes Bild folgt in diesem Kapitel, bemerkenswert bleibt dennoch das Vertrauensbild gegenüber der Bundesregierung, die sich zum Zeitpunkt der Befragung im Kabinett Merkel IV aus Mitgliedern von CDU und SPD innerhalb einer von der CDU dominierten Koalition zusammensetzte. Trotz des parteiichen Gegensatzes und einem überwiegenden Misstrauen hielten über 30 Prozent der Neumitglieder und über 25 Prozent der Gesamtpartei die Bundesregierung für vertrauenswürdig, was nicht zuletzt in Anbetracht einer Vielzahl kritischer Stimmen gegenüber beiden Koalitionsparteien bei der Untersuchung der Beitrittsimpulse einen überraschenden Befund darstellt.

Die Polizei genießt innerhalb der Bevölkerung großes Vertrauen und positioniert sich im Vergleich zu anderen Institutionen nicht selten bei Umfragen in oberen Rangplätzen.¹⁵ Die Analyse der LINKEN-Mitglieder beschreibt im Gegensatz dazu in beiden Analysegruppen ein ambivalentes Verhältnis, innerhalb dessen die Polizei letztlich sogar eine der wenigen untersuchten Institutionen darstellt, bei dem ein leichter Vertrauensverlust bei den Neumitgliedern im Vergleich zur Gesamtpartei erkennbar ist. Die Ergebnisse deuten auf einen Konsens zwischen Mitgliedern und Parteiprogramm hin: Mit ihren politischen Forderungen nach einer Kontrollinstanz in Form eines unabhängigen Polizeibeauftragten, der Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten, der Abschaffung anlassloser Personenkontrollen und der Kritik an Einsatzmitteln wie Pfeffersprays positioniert sich die LINKE, deren Bundestagsfraktion in der Polizei »ein ungeeignetes Instrument, um gesellschaftliche Probleme und Konflikte zu lösen«¹⁶ sieht, selbst in vielen Sachfragen misstrauisch, kritisiert Polizeigewalt und beklagt rechtsextremistische und rassistische Tendenzen innerhalb der Polizeibehörden.¹⁷

Wenig überraschend genießt das Militär das niedrigste Vertrauen bei Mitgliedern der LINKEN. Zwar sank das Vertrauen in die Bundeswehr seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 zuletzt auch in der Bevölkerung auf ein historisches Tief¹⁸, im Erhebungszeitraum der Mitgliederbefragung 2019 gehörte sie mit überaus positiven Umfrageergebnissen oberhalb von 70 Prozent¹⁹ noch zu den vertrauenswürdigsten Institutionen in Deutschland. Stärker noch als im Fall der Polizei zeigt sich im Misstrauen der LINKEN-Mitglieder gegenüber dem Militär ein Schulterschluss mit dem Parteiprogramm: DIE LINKE, die sich selbst in ihrem Kern als Friedenspartei beschreibt, wirbt traditionell etwa für niedrige Militäretats, Abrüstung und die Auflösung der NATO sowie gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, ihre Bewaffnung mit Kampfdrohnen und die Rekrutierung an Bildungseinrichtungen.²⁰ Sie steht dem Militär als Institution daher aus ihrem Selbstverständnis heraus überaus kritisch gegenüber.

15 Vgl. hierzu WDR 2020, S. 16; Schultz 2021.

16 DIE LINKE im Bundestag 2023.

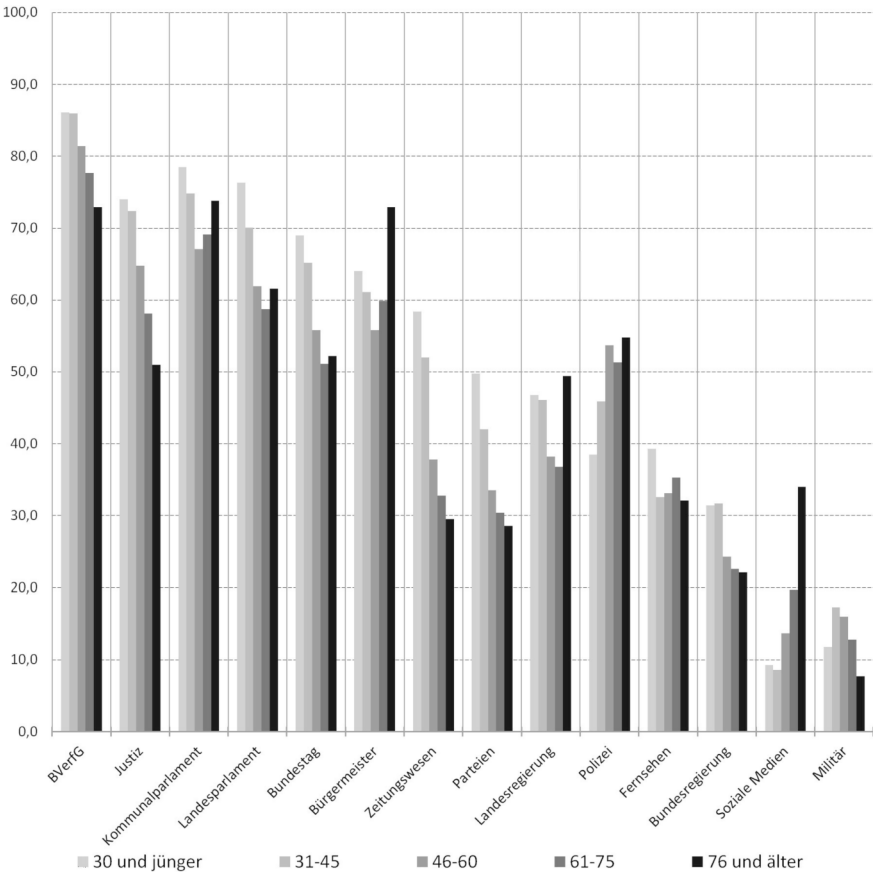
17 Vgl. ebenda; DIE LINKE Baden-Württemberg 2022; DIE LINKE 2021b.

18 Vgl. dimap 2023.

19 Vgl. Europäische Kommission 2023, S. 32.

20 Vgl. DIE LINKE 2023a.

Abbildung 67: Institutionenvertrauen nach Altersgruppen; relative Anteile »eher vertrauenswürdig« und »sehr vertrauenswürdig« in Prozent (Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Insgesamt weisen Neumitglieder bei allen abgefragten Institutionen, mit Ausnahme der sozialen Medien, der Bürgermeister und der Polizei, ein leicht höheres Vertrauen als die Gesamtpartei auf, was besonders mit Blick auf die Justiz, Landtage, Bundestag und Zeitungswesen deutlich wird. Jedoch kann das Vertrauen in Institutionen auch von soziodemografischen Faktoren abhängig sein. So genügt ein Blick auf Alterskohorten, um festzustellen, dass bezüglich des Vertrauens bei einer großen Mehrheit der abgefragten Items Kontraste zwischen jüngeren und älteren Parteimitgliedern bestehen (Abb. 67). Hierbei spiegelt sich der o.g. Unterschied zwischen überwiegend jüngeren Neumitgliedern und der Gesamtpartei wider, wonach sich insbesondere die Altersgruppe »30 und jünger« durch ein höheres Institutionenvertrauen auszeichnet. Speziell hinsichtlich des Bundesverfassungsgerichts, der Justiz, des Zeitungswesens und der Parteien nimmt das Vertrauen mit steigendem Alter der Mitglieder stetig ab. Ein ähnlicher Effekt, wenngleich nicht kontinuierlich über alle Altersgruppen, besteht offenkundig bei den repräsentativen Institutionen der Länderparlamente, des Bundestags und der Bun-

desregierung. Im Gegensatz dazu steigt das Vertrauen in soziale Medien und Polizei mit höherem Alter. Besondere Effekte können bei Kommunalvertretungen, Landesregierungen und dem Militär beobachtet werden: Während die jüngsten und ältesten Mitglieder letztgenanntem mit einem hohen Misstrauen begegnen, erlangt es bei den mittleren Altersgruppen vergleichsweise größeres Vertrauen. Ein umgekehrtes Verhältnis bestimmt hingegen Kommunalparlamente, Bürgermeister und Landesregierungen, denen insbesondere von jenen mittleren Altersgruppen ein größeres Maß an Skepsis ausgedrückt wird. Lediglich in Bezug auf das Fernsehen sind neben einem leichten Vertrauensvorsprung bei den jüngsten Parteimitgliedern keine nennenswerten Alterseffekte erkennbar.

b) Vertrauen in Landesregierungen und Parlamente nach Ländern Das spezifische Vertrauen in Landesregierungen und Parlamente variiert je nach Landesverbandszugehörigkeit der Mitglieder (Tab. 23). Es ist naheliegend, dass Regierungskoalitionen dann ein höheres Vertrauen der Parteimitglieder genießen, wenn DIE LINKE selbst an der Regierung beteiligt ist. Sollte sie nicht Regierungspartei sein, ist es ferner schlüssig, wenn Koalitionen unter Führung einer ihr im politischen Spektrum nahestehenden Partei ein größeres Vertrauen erhalten: Demnach würde das Kabinett eines SPD-Ministerpräsidenten vertrauenswürdiger sein als das einer CDU-dominierten Koalition. Das Vertrauen in die Länderparlamente würde hingegen steigen, wenn DIE LINKE selbst mit hoher Sitzzahl Mitglied des Parlaments ist. Können diese recht simplen Vermutungen tatsächlich durch empirische Belege getragen werden?

Sowohl Landesregierungen als auch Parlamente in Ostdeutschland haben ein sichtbar größeres Vertrauen der LINKEN-Mitglieder beider Analysegruppen inne. Angesichts ihrer besten Wahlergebnisse und der Mitgliedschaft ihrer eigenen Partei in zwei von sechs Regierungskoalitionen, eine unter Führung der LINKEN, ist dieser Befund das schlüssige Ergebnis eines offenkundigen Zusammenhangs zwischen Wahlerfolgen und dem daraus resultierenden Vertrauen in Institutionen, denen die Partei selbst angehört.

Im gesamtdeutschen Kontext erhalten Regierungskoalitionen mit Beteiligung der LINKEN die durchschnittlich höchsten Vertrauenswerte der Mitglieder (Neumitglieder: 79,4 Prozent; Gesamtpartei: 80,3 Prozent), wobei die Landesregierung Thüringens mit dem parteieigenen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow das erwartungsgemäß größte Vertrauen genießt. SPD-geführte Koalitionen ohne Beteiligung der LINKEN²¹ erreichen ein moderates Vertrauensniveau knapp unterhalb der 50-Prozent-Marke (Neumitglieder: 48,4 Prozent; Gesamtpartei: 48,0 Prozent), wohingegen den Kabinetten der Ministerpräsidenten von CDU und CSU das niedrigste Vertrauen entgegengebracht

21 Brandenburg stellt in der Analyse einen Sonderfall dar. Zwar amtierte die Regierungskoalition aus SPD und LINKEN (Kabinett Woidke II) im Zeitraum der Befragung, eine Fortsetzung des Bündnisses konnte jedoch durch die nahezu finalisierten Koalitionsgespräche zwischen SPD, CDU und Grünen nach der Wahl im September 2019 bereits ausgeschlossen werden. Durch die Überschneidung von Sondierungsgesprächen und Erhebungszeitraum bleibt teilweise unklar, ob die Befragten in Brandenburg das Vertrauen in die scheidende rot-rote Regierung des Kabinetts Woidke II oder in das bereits angekündigte Bündnis zwischen SPD, CDU und Grünen im Kabinett Woidke III bewertet haben.

wird (Neumitglieder: 35,0 Prozent; Gesamtpartei: 31,1 Prozent). Einen Sonderfall markiert die Koalition aus Grünen und CDU Baden-Württemberg, Kabinett Kretschmann II: Trotz der politischen Nähe der LINKEN zu den Grünen, erreicht das Bündnis in beiden Analysegruppen nur mäßige Vertrauenswerte auf dem Niveau einer CDU-geführten Regierungskoalition. Will hierfür eine mögliche Erklärung gesucht werden, kann sie womöglich in den Sondierungsgesprächen nach der Landtagswahl 2016 gefunden werden: Nachdem das zuletzt regierende Bündnis aus Grünen und SPD keine Mehrheit mehr erlangte und Gespräche zwischen Grünen, SPD und FDP misslangen, bildete sich schließlich eine grün-schwarze »Kiwi-Koalition«. Dass der Schulterschluss mit der CDU dabei einen Vertrauensverlust der Grünen im linken Lager forciert haben könnte, scheint schlüssig.

Der Vergleich zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei ist darüber hinaus von zwei besonderen Ergebnissen geprägt: So äußern Neumitglieder in allen Ländern mit einer CDU- oder CSU-geführten Koalition ein etwas größeres Vertrauen in die Regierung als die Gesamtmitgliedschaft, was insbesondere durch die Beispiele Sachsen-Anhalt und Hessen verdeutlicht wird. Koalitionen unter Führung der SPD erreichen hingegen in Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz weitestgehend ähnliche Vertrauensniveaus in beiden Analysegruppen, lediglich der rot-grüne Senat Tschentscher I in Hamburg genießt bei Neumitgliedern ein höheres Vertrauen, während die brandenburgische Landesregierung ein um 6,9 Prozentpunkte niedrigeres Vertrauen bei den Neueingetretenen erhält.

Hinsichtlich der Landesparlamente wird schnell ein Unterschied zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei deutlich: Der Anteil derer, die Landesparlamente als »eher vertrauenswürdig« oder »sehr vertrauenswürdig« einschätzen, ist bei Neumitgliedern ab 2014 um durchschnittlich 5,9 Prozentpunkte höher als in der gesamten Partei. Obgleich diese Erkenntnis wohl – wie bereits erörtert – auf einen altersspezifischen Effekt, d.h. ein höheres Institutionenvertrauen bei jüngeren Parteimitgliedern, zurückgeführt werden kann, lohnt sich dennoch ein Blick auf einzelne Landesverbände. Während sich beide Analysegruppen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Hamburg auf einem ähnlichen Vertrauensniveau befinden, genießen etwa besonders die Landtage in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern von den Neumitgliedern ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen. Auch die Landtage in Baden-Württemberg und Bayern erreichen trotz Abwesenheit einer LINKEN-Fraktion vergleichsweise überdurchschnittlich hohe Vertrauensergebnisse bei Neumitgliedern der Partei.

Darüber hinaus steigt das Vertrauen in die Vertretungskörperschaften mit der generellen Existenz einer LINKEN-Fraktion. Parlamente, in denen DIE LINKE mit einer Fraktion vertreten ist, erreichen bei den Neuzugängen ein im Mittel 9,1 Prozentpunkte höheres Vertrauen (Gesamtpartei: 8,1 Prozentpunkte) als jene, bei dessen Wahl die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Im Ost-West-Vergleich erreichen die von der LINKEN am stärksten besetzten Landtage der neuen Bundesländer ein ungleich höheres Vertrauen als im Westen.

Tabelle 23: Vertrauen in Landesregierungen und Länderparlamente. Regierungskoalitionen (Partei des Ministerpräsidenten fett gedruckt) und Sitzanteile in den Länderparlamenten zum Befragungszeitraum. Gesamtanteil der Befragungsteilnehmer im jeweiligen Landesverband, der Landesregierung bzw. Landesparlament »eher vertrauenswürdig« oder »sehr vertrauenswürdig« einschätzt

Land	Regierungs- koalition	Sitz- anteil DIE LINKE	Landesregierung (Vertrauen in Pro- zent)		Landesparlament (Vertrauen in Pro- zent)	
			Neu- mit.	Ge- samtp.	Neumit.	Ge- samtp.
Baden-Württemberg	Grüne -CDU	-	35,6	31,7	66,5	59,3
Bayern	CSU -FW	-	30,5	26,5	67,2	60,3
Berlin	SPD -LINKE-Grüne	16,9 %	75,5	75,8	82,8	76,5
Brandenburg	SPD -CDU-Grüne	11,4 %	60,7	67,6	80,8	75,7
Bremen	SPD -Grüne-LINKE	11,9 %	74,1	74,8	77,8	74,0
Hamburg	SPD -Grüne	9,1 %	45,3	40,5	68,0	67,1
Hessen	CDU -Grüne	6,6 %	36,0	28,0	71,2	62,3
Mecklenburg-Vorpommern	SPD -CDU	15,5 %	47,3	49,3	80,0	71,6
Niedersachsen	SPD -CDU	-	48,1	40,9	66,2	59,9
Nordrhein-Westfalen	CDU -FDP	-	29,8	23,8	62,1	56,4
Rheinland-Pfalz	SPD -FDP-Grüne	-	40,7	41,9	68,6	63,2
Saarland	CDU -SPD	13,7 %	27,5	34,2	57,1	58,4
Sachsen	CDU -Grüne-SPD	11,8 %	40,4	35,4	76,2	62,7
Sachsen-Anhalt	CDU -SPD-Grüne	18,4 %	38,2	29,8	72,5	59,6
Schleswig-Holstein	CDU -Grüne-FDP	-	42,4	40,2	68,6	68,7
Thüringen	LINKE -SPD-Grüne	32,2 %	88,6	90,3	90,0	86,0
Westdeutschland			41,0	38,3	67,3	63,0
Ostdeutschland			58,5	58,0	80,4	72,0

Auch wenn einige in diesem Abschnitt geschilderten Ergebnisse trivial erscheinen mögen, bleibt das Vertrauensniveau in der Gesamtschau sowohl in Landesregierungen und Parlamente für die Mitglieder einer – speziell im Westen – als Fundamentaloppo-

sition agierenden Partei bemerkenswert. So vertrauten Ende 2020 etwa 60,0 Prozent der Bevölkerung den Landesregierungen, wobei dieser Wert im Folgejahr gar auf 55,0 Prozent sinken sollte.²² Trotz der Tatsache, dass DIE LINKE in den wenigsten Landesregierungen vertreten ist, erreichen die Regierungskoalitionen in Ostdeutschland in beiden Analysegruppen durchschnittlich ähnlich hohe Werte, in Westdeutschland immerhin noch 41,0 (Neumitglieder) bzw. 38,3 (Gesamtpartei) Prozent. Auch der Zuspruch zu einzelnen Landesparlamenten, obgleich er mit der Existenz einer LINKEN-Fraktion deutlich steigt, erreicht hinsichtlich des Vertrauensniveaus eine klare Mehrheit bei den Angehörigen beider Analysegruppen, vor allem jedoch bei den Neumitgliedern. Trotz wiederkehrender Grundsatzkritik an Parlamentsarbeit aus den Reihen ihrer Mitglieder und der kontroversen Auseinandersetzung mit der Frage, ob und in welchem Maß DIE LINKE in ihrer politischen Arbeit auf parlamentarische Instrumente bauen sollte²³, vertrauen die Mitglieder in jedem einzelnen Bundesland mehrheitlich dem jeweiligen Landesparlament. Das höhere Vertrauensniveau der Neumitglieder könnte darüber hinaus einen Trend markieren.

7.4 Demokratiezufriedenheit: Kritische Demokraten oder Systemskeptiker?

Die Operationalisierung der Demokratiezufriedenheit erfolgt sowohl auf diffuser (»Demokratie ist die beste Staatsform«) als auch auf konkreter (»Die Funktionsweise der Demokratie in Deutschland ist zufriedenstellend«) Ebene (vgl. Abschnitt 3.3.6). Die Fusion beider Komponenten ermöglicht schließlich eine Typologie²⁴, die ein detailliertes Bild über die Demokratieunterstützung innerhalb der LINKEN-Mitgliedschaft zeichnet.

Werden beide Fragestellungen zunächst einzeln betrachtet, so wird zunächst in beiden Analysegruppen eine höhere Unterstützung demokratischer Staatsformen als in der Bevölkerung²⁵ sichtbar (Abb. 68²⁶). Der Anteil der Demokratieunterstützer liegt innerhalb der Gesamtpartei um 4,2 Prozentpunkte, innerhalb der Neumitglieder gar um 9,1 Prozentpunkte höher als in der bundesdeutschen Bevölkerung. Die Anteile von Systemambivalenten²⁷, d.h. Personen, die der Aussage nur teilweise zustimmen, sowie Demokratieskeptikern sinken darüber hinaus zunächst moderat im Vergleich der Gesamtpartei zur Bevölkerung und markanter im Vergleich zwischen Neumitgliedern und Bevölkerung. In diesem Kontext kann den Mitgliedern der LINKEN – ausgehend von den Be-

22 Vgl. forsa 2022.

23 Vgl. Gleiss 2021, S. 14–16; Bock et al. 2020; Antikapitalistische Linke 2020.

24 Vgl. Faus et al. 2019, S. 49 sowie Klingemann 2014; Dalton/Shin 2014.

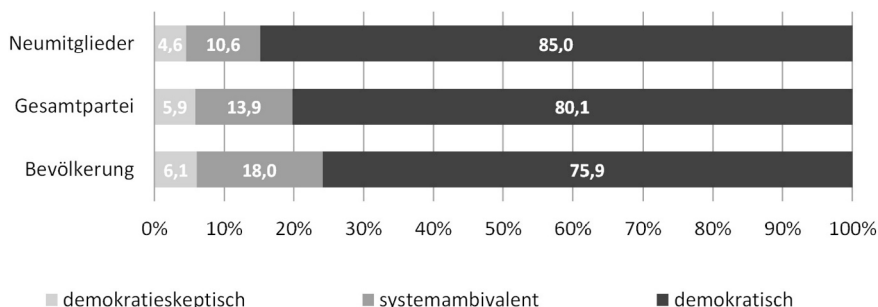
25 Bevölkerungsdaten: Faus et al. 2019, S. 56.

26 Als Demokratieskeptiker werden im Sinne der Antwortskala (11-stufige Likertskala) alle Befragten zusammengefasst, die der Aussage »Die Demokratie ist die beste Staatsform« mit einem Antwortverhalten zwischen 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) und 4 (»stimme eher nicht zu«) ablehnend gegenüberstehen. Die Gruppe der Systemambivalenten, jener, die der Aussage nur »teils-teils« zustimmen können, umfasst den Antwortbereich zwischen 5 und 7. Teilnehmer, die der Aussage im Antwortbereich 8 oder höher weitestgehend oder voll und ganz zustimmen, werden als Demokraten definiert.

27 Vgl. Faus et al. 2019, S. 49.

fragungsergebnissen der Mitgliederbefragung 2019 – keine überdurchschnittlich hohe demokratieskeptische Haltung unterstellt werden, nicht zuletzt überwiegt der Anteil an Demokratiebefürwortern in ihren Reihen deutlicher als in der Bevölkerung. Die Frage, in welchen konkreten Demokratieverständnissen das Antwortverhalten fußt und ob es sich um die Unterstützung freiheitlicher, rechtsstaatlicher Demokratien handelt, bleibt jedoch offen.

Abbildung 68: Unterstützung der Demokratie als Idee – Demokratie als beste Staatsform



Bevölkerungsdaten: Faus et al. 2019

Eigene Darstellung

Eine andere Ergebnisstruktur liegt jedoch bei der konkreten Unterstützung der deutschen Demokratie bzw. deren Leistung vor (Abb. 69²⁸): Während sich eine Mehrheit von 57,3 Prozent der Bevölkerung²⁹ zufrieden mit der Demokratie in Deutschland zeigt und lediglich ein kleiner Teil von 13,7 Prozent seine Unzufriedenheit bekundet, stellen die Zufriedenen in den Reihen der LINKEN-Mitglieder mit 29,4 Prozent (Neumitglieder) und 24,7 Prozent (Gesamtpartei) die kleinste Gruppe dar. Obgleich der Anteil Unentschiedener bei den Parteimitgliedern im Vergleich zur Bevölkerung ähnlich stark ausgeprägt ist, dominieren vor allem Unzufriedene als größte Gruppe innerhalb der Mitgliederstruktur der LINKEN.

Die Synthese beider Komponenten ermöglicht schließlich eine Typologie der Demokratieunterstützung und den Vergleich mit Bevölkerungsdaten³⁰ (Tab. 24). Dabei fällt zunächst eine Beziehung der Einstellungen zwischen beiden Ebenen hinsichtlich der Bevölkerung auf, die bereits in der hier für die Vergleichsdaten zitierten Studie festgestellt werden konnte: Die meisten Demokratieskeptiker sind auch mit der Funktionsweise der

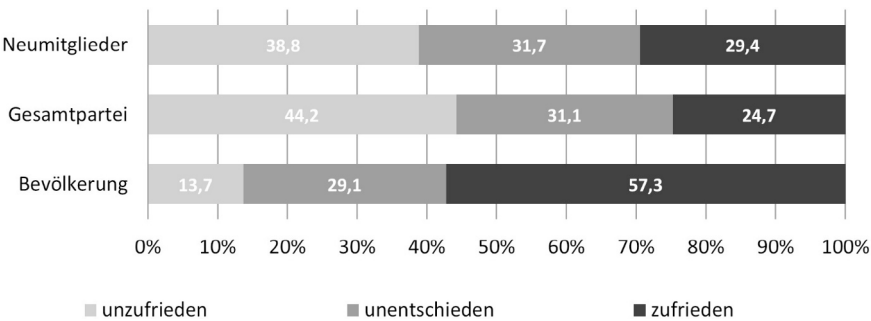
28 Als Unzufriedene werden im Sinne der Antwortskala (11-stufige Likertskala) alle Befragten zusammengefasst, die der Aussage »Die Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, ist alles in allem zufriedenstellend« mit einem Antwortverhalten zwischen 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) und 4 (»stimme eher nicht zu«) ablehnend gegenüberstehen. Die Gruppe der Unentschiedenen, jener, die der Aussage nur »teils-teils« zustimmen können, umfasst den Antwortbereich zwischen 5 und 7. Teilnehmer, die der Aussage im Antwortbereich 8 oder höher weitestgehend oder voll und ganz zustimmen, werden als Zufriedene definiert.

29 Bevölkerungsdaten: Faus et al. 2019, S. 57.

30 Bevölkerungsdaten: Faus et al. 2019, S. 49.

Demokratie in Deutschland unzufrieden, der Großteil der Demokraten bekundet dagegen seine Zufriedenheit und unter systemambivalenten Befragten herrscht folglich auch in Bezug auf die Leistung der deutschen Demokratie Uneinigkeit.³¹

Abbildung 69: Unterstützung der konkreten Demokratie in Deutschland – Demokratieleistung



Bevölkerungsdaten: Faus et al. 2019
Eigene Darstellung

Tabelle 24: Typen von Demokratieunterstützung innerhalb der LINKEN-Mitgliedschaft (NM=Neumitglieder, GP=Gesamtpartei) und der Bevölkerung (BEV; Datengrundlage: Faus et al. 2019). Relative Anteile in Prozent

		Zufriedenheit mit der Demokratieleistung in Deutschland								
		unzufrieden			unentschieden			zufrieden		
		NM	GP	BEV	NM	GP	BEV	NM	GP	BEV
Bewertung der Demokratie als Staatsform	demokratie-skeptisch	3,7	4,9	3,0	0,4	0,3	2,2	0,5	0,7	0,9
	system-ambivalent	6,2	9,2	4,3	2,9	3,6	9,7	0,8	0,9	4,1
	demokratisch	28,5	30,1	6,0	28,4	27,2	17,2	28,1	23,2	52,7

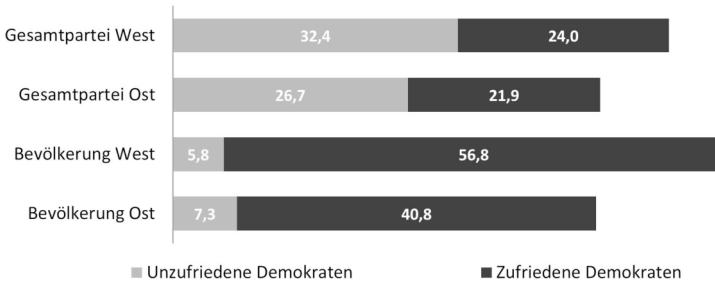
Eigene Darstellung nach Faus et al. 2019, S. 49

Erklärungsversuche der ermittelten Ergebnisse können einerseits im Rückschluss mit Beitrittsmotiven und Impulsen, andererseits in der programmatischen Ausrichtung der LINKEN gefunden werden. So richtet sich das Unbehagen der Teilnehmer gegenüber anderen Parteien, subjektiv falsch wahrgenommener Politikentscheidungen oder dem diffus begründeten Empfinden sozialer Ungerechtigkeit – etwa zwischen alten und

31 Vgl. Faus et al. 2019, S. 49.

neuen Bundesländern oder zwischen den Geschlechtern – bei der Untersuchung der Beitrittsimpulse nicht gegen die Demokratie als Staatsform, sondern bezieht sich primär auf den Output der deutschen Demokratie. Der Schulterschluss zwischen dem Parteiprogramm der LINKEN, dem Einsatz für sozialistische Ideale als wichtigster Beitrittsanreiz und der herausgehobenen Rolle postmaterialistischer Ideale (hier insbesondere dem ausgeprägten Wunsch nach mehr Einfluss der Bürger auf Entscheidungen der Regierung) erzeugt zudem Forderungen nach tiefgreifender staatlicher Regulation – etwa bei der Frage von gerechter Ressourcenverteilung – oder ausgedehnten Instrumenten direkter Demokratie. Diese inhaltlichen Leitmotive der Mitglieder üben zwar Kritik an der konkreten Demokratieleistung, fordern jedoch nicht die Abschaffung der Demokratie als Staatsform. Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen bzw. ökonomischen Situation manifestieren sich in der Analyse der Beitrittsimpulse selten in einer demokratieskeptischen Gesinnung, sondern überwiegend in der kritischen Haltung gegenüber dem Handeln von Regierungsparteien und wirtschaftlichen Akteuren. Schlussendlich verwundert es nicht, dass sowohl Mitglieder als auch Unterstützer³² einer maßgeblich aus der Opposition agierenden Partei zur Unzufriedenheit mit dem Output der Demokratie tendieren, unterscheiden sich doch ihre Erwartungshaltungen und Anforderungsprofile an »gutes« politisches Handeln oft weitreichend von jenen der Regierungsakteure.

Abbildung 70: Zufriedene und unzufriedene Demokraten in Ost und West; relative Anteile in Prozent



Bevölkerungsdaten: Faus et al. 2019

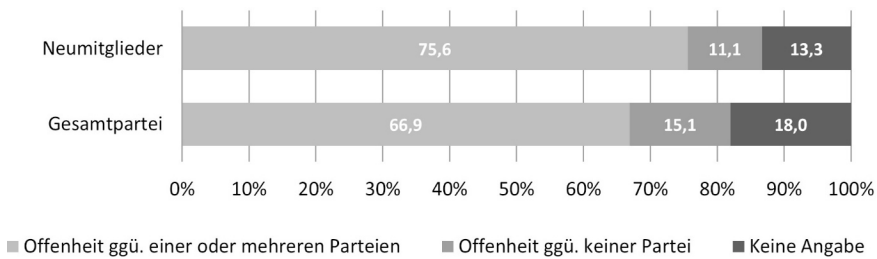
Eigene Darstellung

7.5 Bündnisoffenheit: Fundamentalopposition oder Koalitionsbereitschaft?

Zur Einordnung des Antwortverhaltens bei der Freitext-Frage zur Offenheit gegenüber Koalitionsgesprächen mit bestimmten Parteien auf Bundesebene (vgl. Abschnitt 3.3.6) muss in einem ersten Schritt analysiert werden, ob die Mitglieder der LINKEN grundsätzlich offen für politische Bündnisse mit anderen Parteien sind, oder diese generell ablehnen (Abb. 71).

32 Vgl. hierzu Faus et al. 2019, S. 49; Norris 2011, S. 119–215.

Abbildung 71: Bündnisoffenheit – Antwortverhalten nach Analysegruppen und Politikebenen; relative Anteile in Prozent



Eigene Darstellung

Hierbei wird zunächst eine größere Offenheit der Neumitglieder deutlich: Insgesamt geben mit 75,6 Prozent ungefähr dreiviertel der Befragten in dieser Gruppe an, dass DIE LINKE offen für Koalitionsgespräche gegenüber einer oder mehreren Parteien sein sollte, während im Kontext der Gesamtpartei mit 66,9 Prozent lediglich etwas mehr als zwei Drittel der Befragten ihre Koalitionsbereitschaft signalisieren. Alle weiteren Befragten können darüber hinaus in zwei Gruppen unterteilt werden: So geben nur zwischen 11,1 Prozent (Neumitglieder) und 15,1 Prozent (Gesamtpartei) der Teilnehmer explizit über das alternativ zum Freitext platzierten Auswahlkästchen oder im Freitext selbst an, dass DIE LINKE mit keiner Partei Gespräche führen sollte, während die verbliebenen Parteimitglieder die Frage überspringen.

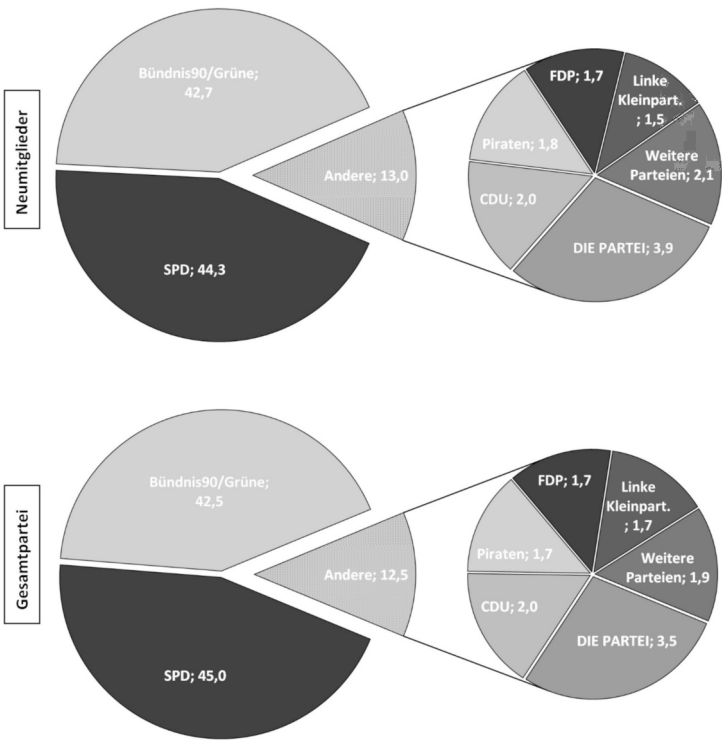
Nachdem offenkundig eine große Mehrheit in beiden Analysegruppen ihre Bereitschaft für Koalitionsgespräche mit anderen Parteien bekundet, gilt es nun in einem zweiten Schritt zu klären, welche Parteien die Mitglieder in diesem Zusammenhang nennen (Abb. 72³³). Im Durchschnitt gibt jedes befragte Neumitglied, welches seine Offenheit gegenüber einer oder mehreren Parteien erklärt, im Freitextfeld 2,2 Parteien (Gesamtpartei: 2,3 Parteien) an.

Grundsätzlich bestehen keine markanten Unterschiede zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei. In beiden Analysegruppen übersteigt die Zahl der Nennungen von SPD und Grünen, die in den meisten Fällen von den Befragten gemeinsam genannt werden, eine 85-Prozent-Marke, innerhalb derer beide Parteien abseits eines minimalen Übergewichts der SPD einen etwa gleich großen Anteil tragen. Lediglich 13,0 Prozent (Neumitglieder) und 12,5 Prozent (Gesamtpartei) der Freitextantworten beinhalten andere Parteien, die entweder gemeinsam mit SPD und Grünen oder alleinstehend genannt werden. Hierbei bilden CDU, FDP, Piratenpartei sowie DIE PARTEI die größten Einzelanteile. Darüber hinaus beschreiben 1,5 Prozent (Neumitglieder) und 1,7 Prozent

33 In der Abbildung werden nur die Nennungen konkreter Parteien berücksichtigt, wobei der relative Anteil der Nennungen dargestellt wird und nicht der Befragten. In der Darstellung ausgeklammert werden Befragte, die unspezifische Antworten wie etwa »sonstige Parteien«, »alle Parteien« oder »alle Parteien außer Partei X« angeben. Ihr Anteil beträgt in beiden Analysegruppen 2,3 Prozent. Darüber hinaus werden kleinere Parteien zugunsten der Übersichtlichkeit zusammengefasst. Eine detaillierte und tabellarische Ansicht nach einzelnen Parteien befindet sich in Anhang 5.

(Gesamtpartei) der Freitextantworten die Gesprächsoffenheit gegenüber Kleinparteien des linksextremen Spektrums, im Einzelnen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sowie der Sozialistischen Gleichheitspartei (SGP). Dabei werden besonders DKP und MLPD häufig in einem Atemzug bzw. in einer Mehrfachantwort genannt.

Abbildung 72: Bündnisoffenheit – Gesprächsbereitschaft gegenüber Parteien auf Bundesebene (Mehrfachzuordnung von Fällen möglich); relative Anteile in Prozent

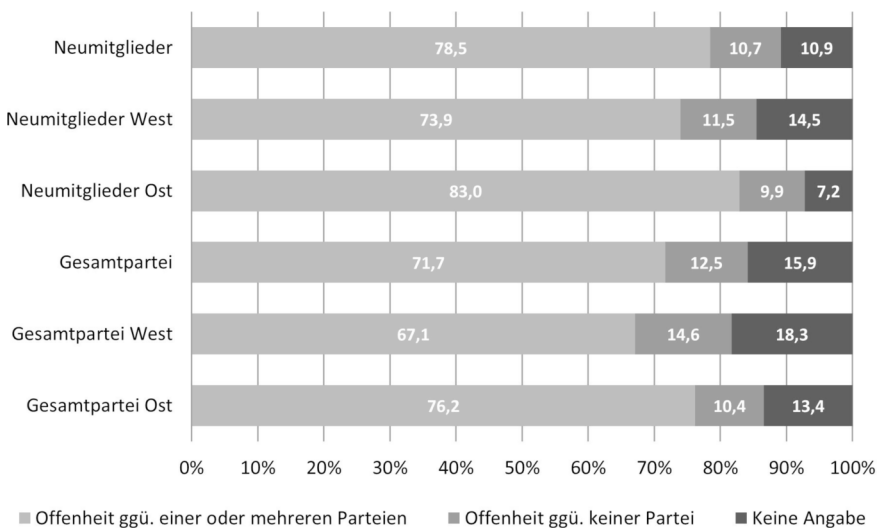


Eigene Darstellung

Der Blick auf die Landesebene (Abb. 73) bestätigt durch die größere Bündnisoffenheit der Neumitglieder eine wesentliche Erkenntnis der Bundesebene. Werden darüber hinaus ost- und westdeutsche Parteimitglieder separat betrachtet, so zeigen sich sowohl bei Neumitgliedern als auch innerhalb der Gesamtpartei deutlich Differenzen zwischen der Mitgliedschaft in den neuen und jener in den alten Bundesländern. Demnach erklären sich 83,0 Prozent der Neumitglieder im Osten (Gesamtpartei Ost: 76,2 Prozent) gesprächsbereit gegenüber einer oder mehreren Parteien, während in westdeutschen Landesverbänden lediglich 73,9 Prozent (Gesamtpartei West: 67,1 Prozent) ihre Bündnisoffenheit bekunden.

Ob der Anteil der Mitglieder, der Koalitionsgespräche mit anderen Parteien grundsätzlich ablehnt, mit Werten zwischen 9,9 Prozent (Neumitglieder Ost) und 14,6 Prozent (Gesamtpartei West) in allen Vergleichsgruppen gering ausfällt, wird durch diesen Unterschied die stärkere Rolle der Oppositionspartei im Westen sichtbar, die hier elektoral deutlich weniger erfolgreich ist und innerhalb des Parteiensystems ein größeres Maß an Isolation erfährt. Auch die Abwesenheit der LINKEN in zahlreichen westdeutschen Parlamenten kann hierbei für das Antwortverhalten der Teilnehmer einen ausschlaggebenden Faktor darstellen: Da die LINKE auf Landesebene weit weniger präsent ist, stellt sich für westdeutsche Parteimitglieder das Problem der Suche nach potenziellen Koalitionspartnern möglicherweise nicht, wodurch auch der höhere Anteil von Befragten, die diese Frage übersprungen haben, erklärt werden könnte. Die größere Bereitschaft der Neumitglieder für mögliche Koalitionsgespräche verspricht jedoch in allen Vergleichen mit der Gesamtpartei schlussendlich eine positive Tendenz der Bündnisoffenheit innerhalb der LINKEN-Mitgliedschaft.

Abbildung 73: Bündnisoffenheit – Antwortverhalten nach Analysegruppen auf Landesebene



Eigene Darstellung

Das Ergebnis der Abfrage konkreter Parteien, gegenüber denen sich die Mitglieder gesprächsbereit für mögliche Koalitionen zeigen würden, deckt sich zunächst hinsichtlich der großen Offenheit gegenüber SPD und Grünen mit den Befunden der Bundesebene (Abb. 74³⁴). Beide Parteien werden im Freitext oft gemeinsam im Wunsch nach einer

34 In der Abbildung werden nur die Nennungen konkreter Parteien berücksichtigt, wobei der relative Anteil der Nennungen dargestellt wird und nicht der Befragten. In der Darstellung ausgeklammert werden Befragte, die unspezifische Antworten wie etwa »sonstige Parteien«, »alle Parteien« oder »alle Parteien außer Partei X« angeben.

rot-rot-grünen Koalition erwähnt, wobei die SPD leicht häufiger – bei den Neumitgliedern weniger stark als im Kontext der Gesamtpartei – alleinstehend genannt wird. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland besteht eine größere Dominanz der SPD gegenüber den Grünen, wobei letztgenannte in der jeweiligen Landespolitik – gemessen an ausgebliebenen elektoralen Erfolgen – bei gleichzeitiger Existenz starker SPD-Fraktionen eine untergeordnete Rolle spielen. In Mecklenburg-Vorpommern kann DIE LINKE zudem längere Regierungserfahrung in gemeinsamen Koalitionen mit der SPD zwischen 1998 und 2006 (Kabinette Ringstorff I und II) vorweisen, die im Zuge der Landtagswahl 2021 und der Bildung des rot-roten Kabinetts Schwesig II zwei Jahre nach der Erhebung für die vorliegende Studie eine Neuauflage erhalten sollte. Abseits dieser Ausnahmen spiegelt das Antwortverhalten der Befragten bundesweit mit einer weitgehenden Balance zwischen SPD und Grünen ein eher homogenes Meinungsbild der Parteimitglieder wider.

Abseits der Fokusbetrachtung von SPD und Grünen werden – ähnlich der Bundesebene – eine Vielzahl weiterer Parteien von den Mitgliedern genannt, wodurch eine differenzierte Betrachtung sinnvoll scheint (Abb. 75³⁵). Insbesondere die Länder Bayern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie Hamburg zeichnen sich durch einen vergleichsweise hohen Zuspruch gegenüber anderen Parteien aus.

In den Fällen Bayern und Schleswig-Holstein entsteht der große Zuspruch zu sonstigen Parteien jeweils durch lokal bedeutsame Alternativen auf Landesebene: So fallen nicht unwesentliche Teile der abgegebenen Antworten bayerischer LINKEN-Mitglieder der Landesvereinigung Freie Wähler Bayern (FW, Neumitglieder: 2,4 Prozent; Gesamtpartei: 2,8 Prozent) und der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP, Neumitglieder: 3,8 Prozent; Gesamtpartei: 3,9 Prozent) zu. Beide Parteien finden zwar auch in anderen Landesverbänden vereinzelt Beachtung, stechen jedoch in Bayern besonders hervor.³⁶ Dabei ist vor allem der – wenn auch in der Gesamtbetrachtung weiterhin geringe – Zuspruch zu den Freien Wählern bemerkenswert und könnte trotz mangelnder inhaltlicher Schnittmengen mit dem Misstrauen der Parteimitglieder gegenüber der CSU erklärt werden. Während die CSU im Vergleich mit den CDU-Landesverbänden anderer Länder bei den Mitgliedern der LINKEN deutlich schlechter abschneidet, stellen die Freien Wähler unter Hubert Aiwanger spätestens seit der Bildung des Kabinetts Söder II ein Gegengewicht innerhalb einer gemeinsamen Koalition dar, das die traditionelle Dominanz der CSU durch Alleinregierungen infrage stellt.

In Schleswig-Holstein erhält hingegen der im Landtag vertretene südschleswigsche Wählerverband (SSW) besonders im Kontext der Gesamtpartei mit 10,5 Prozent der abgegebenen Antworten Beachtung (Neumitglieder: 6,7 Prozent).³⁷ Angesichts inhaltlicher Schnittmengen (Multikulturalismus, offene Grenzen, Befürwortung der Willkommenskultur im Rahmen der Flüchtlingssituation 2015, Ablehnung der Kernkraft)³⁸ ist die programmatische Nähe zwischen Teilen der LINKEN und dem SSW in den beispielhaft ge-

35 Siehe Fußnote 537. Eine detaillierte und tabellarische Ansicht nach einzelnen Parteien befindet sich in Anhang 5.

36 Vgl. Anhang 5.

37 Vgl. ebenda.

38 Vgl. Klatt 2021, S. 96–98.

nannten Schwerpunkten durchaus gegeben, sodass eine inhaltliche Erklärung der Gesprächsbereitschaft schlüssig scheint.

Die Mitglieder des Landesverbands Thüringen sprechen sich hingegen stärker als alle anderen Landesverbände, mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns, für Gespräche mit der CDU aus, was besonders hinsichtlich der Neumitglieder deutlich wird (Neumitglieder: 5,4 Prozent; Gesamtpartei: 4,5 Prozent). Ihre Motivation im einzigen Bundesland mit einem Ministerpräsidenten aus den Reihen der LINKEN kann hierfür dem detaillierten Blick auf die Freitextantworten eines Teils der Befragten entnommen werden: Ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern besteht durch große Wahlerfolge auch im thüringischen Landtag eine starke AfD-Fraktion. Mitglieder in beiden Landesverbänden, die ihre Antwort begründet haben, stützen ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber der CDU nicht auf inhaltliche Überschneidungen, sondern vermehrt auf den Wunsch nach Isolation der AfD durch ein Zweckbündnis, welches im Fall einer wachsenden AfD-Dominanz von diesem Teil der Befragten in Erwägung gezogen wird.

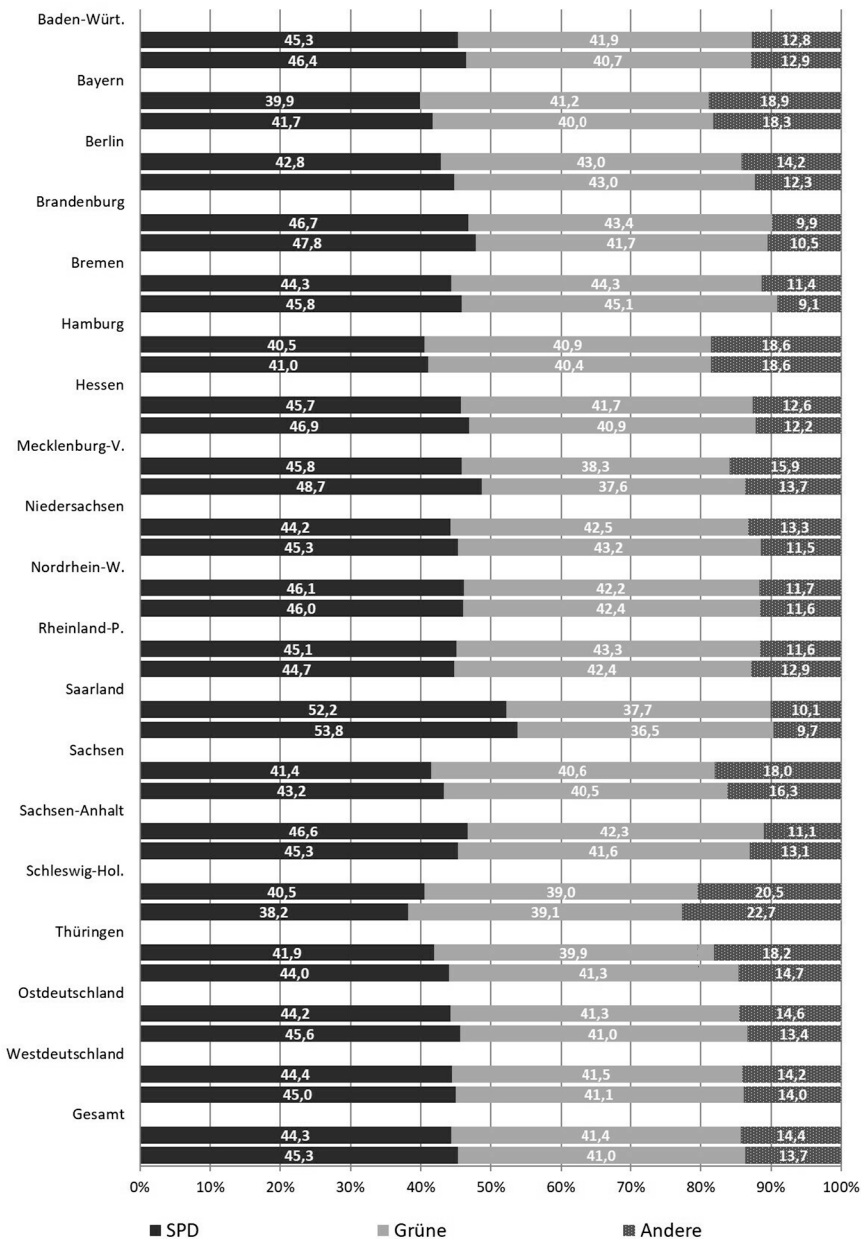
Der Fall Sachsen zeichnet ein anderes Meinungsbild, bei dem vor allem der Zuspruch zur Kleinpartei DIE PARTEI ein auffälliges Merkmal darstellt. Unter Neumitgliedern im gesamtdeutschen Kontext bildet sie 3,2 Prozent der Freitextantworten ab und ist somit für diese Analysegruppe wichtigster potenzieller Bündnispartner abseits von SPD und Grünen. Die höchste Gesprächsbereitschaft besteht bei Mitgliedern des sächsischen Landesverbands (Neumitglieder: 6,6 Prozent; Gesamtpartei: 5,4 Prozent). Die PARTEI konnte bei der sächsischen Landtagswahl 2019 ihr bundesweit bestes Ergebnis von 1,6 Prozent erreichen und zog im Zuge der Kommunalwahlen im gleichen Jahr in die Gemeinderäte der drei größten sächsischen Städte – Chemnitz, Leipzig und Dresden – ein, wodurch ihr eine gewisse politische Relevanz im urbanen Raum attestiert werden kann. Eine inhaltliche Nähe zur LINKEN wird nicht zuletzt durch die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft beider Parteien im Chemnitzer Stadtrat belegt.³⁹

Schlussendlich markiert Hamburg den letzten herausgehobenen Einzelfall mit größerer Bündnisbereitschaft gegenüber weiteren Parteien, wobei die Stärke dieser Parteien abseits von SPD und Grünen nicht wie in allen anderen ausgeführten Fällen auf das Vorliegen einer oder zwei konkreter Alternativen zurückgeführt werden kann, sondern vielmehr auf die vergleichsweise leicht höhere Gesprächsbereitschaft der Mitglieder gegenüber einer Vielzahl stärker in Betracht gezogener Bündnispartner.⁴⁰ Lediglich die Piratenpartei sticht in Hamburg durch einen vergleichsweise besonders hohen Zuspruch bei den Mitgliedern der LINKEN hervor (Neumitglieder: 3,7 Prozent; Gesamtpartei: 4,0 Prozent).

39 Vgl. Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI 2020, S. 1f.

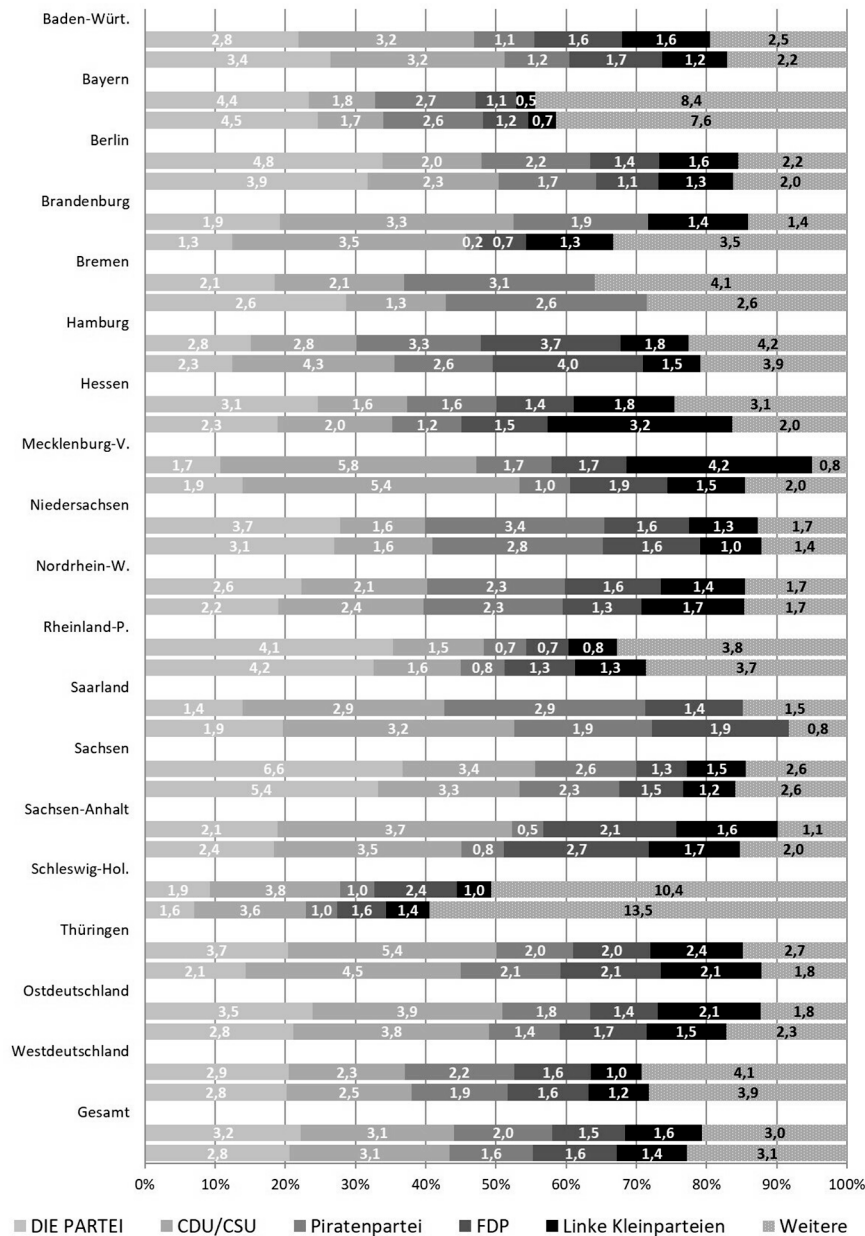
40 Vgl. Anhang 5.

Abbildung 74: Bündnisoffenheit – Gesprächsbereitschaft gegenüber Parteien auf Landesebene (Fokusbetrachtung SPD und Grüne, Mehrfachzuordnung von Fällen möglich); relative Anteile in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Abbildung 75: Bündnisoffenheit – Gesprächsbereitschaft gegenüber Parteien auf Landesebene (Differenzierung der weiteren Parteien, Mehrfachzuordnung von Fällen möglich); relative Anteile in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Insgesamt zeigt sich die überwiegende Mehrheit der Mitglieder auf Bundes- und Landesebene offen gegenüber Koalitionsgesprächen und politischen Bündnissen mit anderen Parteien. Sollte die höhere Gesprächsbereitschaft der Neumitglieder als Tendenz für künftige Entwicklungen gewertet werden, kann zudem – zumindest aus der Perspektive der Mitgliedschaft – von einer Steigerung der Offenheit und nicht zuletzt von einer tendenziellen Abkehr der LINKEN als Partei der Fundamentalopposition ausgegangen werden. Die gewünschten Koalitionspartner werden maßgeblich durch die Grünen und insbesondere die SPD im Rahmen einer rot-rot-grünen Koalition definiert, weniger durch elektoral erfolglose Kleinparteien. Das Antwortverhalten ist durch weitgehende Homogenität gekennzeichnet: Einerseits erlangen SPD und Grüne bundesweit einen ähnlich hohen Zuspruch, andererseits ist zwar die generelle Gesprächsbereitschaft in den ostdeutschen Landverbänden marginal höher als bei westdeutschen Mitgliedern, ein markanter Unterschied zwischen beiden Landesteilen ist jedoch nicht ersichtlich.

Heterogenität zwischen den Landesverbänden besteht lediglich hinsichtlich eines Teils der anderen Parteien abseits von SPD und Grünen, die im Gesamtkontext jedoch ohnehin nur für eine Minderheit der Parteimitglieder Relevanz besitzen. Diese Abweichungen zwischen einzelnen Landesverbänden können in der Mehrheit der beschriebenen Fälle auf lokal bedeutsame Alternativen auf Landesebene, etwa durch den SSW in Schleswig-Holstein oder die ÖDP in Bayern zurückgeführt werden. Andere Kleinparteien erlangen hingegen, wenn auch nur geringen, flächendeckenden Zuspruch durch Mitglieder der LINKEN: So werden etwa DIE PARTEI oder die Piratenpartei von Teilen der Mitgliedschaft in allen Landesverbänden genannt.

Trotz vereinzelten kommunalpolitischen Kooperationen in der Vergangenheit, etwa durch den Einzug der DKP in westdeutsche Gemeinderäte über Wahllisten der LINKEN⁴¹, spielt der Schulterschluss mit Parteien des linksextremen Spektrums darüber hinaus für die Befragten heute eine untergeordnete Rolle und erlangt lediglich auf Landesebene (Hessen, Mecklenburg-Vorpommern) einen vergleichsweise höheren, aber dennoch im Kontext aller abgegebenen Antworten weiterhin geringen Zuspruch. Dieser wird gar durch eine höhere Gesprächsbereitschaft gegenüber den programmatisch von der LINKEN weit entfernten Parteien CDU und FDP überstiegen.

7.6 Politik für Mitglieder oder Wähler? Die Basis- und Grundwertorientierung

Das Organisationsverständnis der Mitglieder (vgl. Abschnitt 3.3.4) spiegelt sich in der Frage wider, ob sich die Partei inhaltlich eher an der Parteibasis und ihren Grundwerten orientieren soll, oder ob sie sich zugunsten des Wahlerfolgs für eine flexiblere Programmatik anhand der Wünsche ihrer Wähler sowie aktuellen Trends (»Zeitgeist«⁴²) entscheiden sollte, auch wenn dies einen Bruch mit den Interessen der eigenen Mitglieder und den eigenen politischen Leitlinien bedeuten würde.

Sowohl die Befunde der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 als auch jene der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 belegen den Vorstoß eines eher mitglieder-

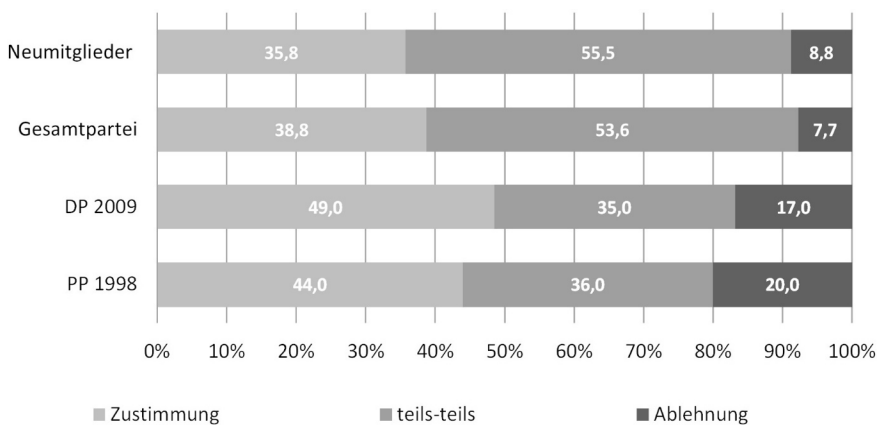
41 Vgl. Panorama 2008.

42 Alemann/Laux 2012, S. 253; Laux 2011b, S. 163.

zentrierten Organisationsverständnisses und die Abkehr von pragmatischer Wählerorientierung hin zu Parteien als »politische Gesinnungsgemeinschaft« – ein Entwicklungstrend, der nicht DIE LINKE exklusiv berührt, sondern als Merkmal der gesamten Parteienlandschaft bestimmt werden kann.⁴³ Demnach befürworten Parteimitglieder die Orientierung an den Grundwerten der Partei, auch wenn diese im aktuellen Kontext eines anstehenden Wahlkampfes mögliche Wählerstimmen kosten könnte. Ebenso sehen sie in ihren Ansichten eine höhere Priorität gegenüber den Meinungsbildern potenzieller Wähler.

Können diese Ergebnisse nun durch die Befunde der Mitgliederbefragung 2019 – zehn Jahre nach der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 – bestätigt werden? Die Betrachtung der Basisorientierung (Abb. 76) impliziert zunächst eine größere Unsicherheit der Mitglieder bei der Beantwortung der Frage, ob ihre Meinung ein höheres Gewicht gegenüber den Ansichten der Wähler bei parteipolitischen Entscheidungen haben sollte. Obgleich der Unterschied zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei nur marginal ausfällt, ist der höhere Anteil der Befragten im Bereich »teils-teils« in der Gegenüberstellung mit beiden Vergleichsstudien einerseits ebenso offenkundig, wie die schwindende Zustimmung zur Aussage, welche sich zuletzt 2009 mit 49,0 Prozent noch durch fast die Hälfte der Mitgliedschaft zog und die größte Gruppe innerhalb der Fragestellung begründete. Andererseits reduziert sich der Anteil ablehnender Mitglieder, d.h. der Teil der Parteibasis, der den Wähleransichten eine größere Bedeutung beimisst, deutlich gegenüber 2009 und 1998. Zehn Jahre später ist das Antwortverhalten der Mitglieder weit weniger polarisiert von o.g. Unsicherheit geprägt, wobei sich die LINKEN-Mitgliedschaft vor allem durch eine sinkende Zustimmung – bei den Neumitgliedern nur etwas mehr als ein Drittel – von der im Jahr 2009 noch leichter vertretbaren Einordnung der Partei als Gesinnungsgemeinschaft entfernt.

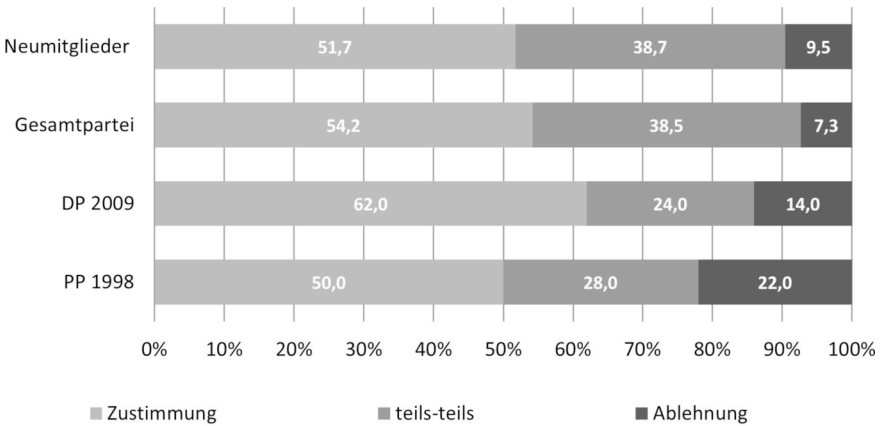
Abbildung 76: Basisorientierung: Meinungen der Mitglieder wichtiger als Wähleransichten?



Eigene Darstellung

43 Vgl. Laux 2011b, S. 163.

Abbildung 77: Grundwertorientierung: Keine Programmatik nach Wählerrends?



Eigene Darstellung

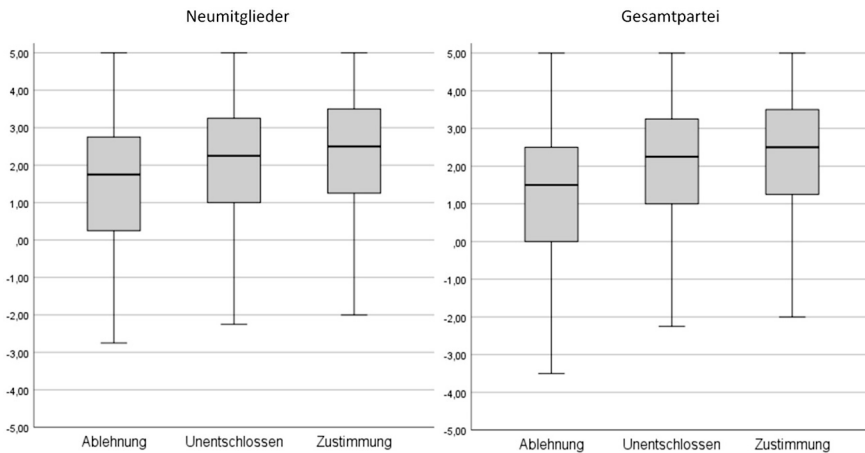
Die Grundwertorientierung – jene Frage, ob die Programmatik der Partei populäre Ansichten der Wähler zuungunsten eines potenziell besseren Wahlergebnisses ignorieren sollte oder nicht (Abb. 77) – unterstreicht ansatzweise die Erkenntnisse aus der Analyse der Basisorientierung. Während 2009 noch 62,0 Prozent der LINKEN-Mitglieder davon überzeugt waren, ihre Partei solle programmatisch nicht jedem Trend der Wähler nachgehen, nähert sich die Zustimmung 2019, speziell mit Blick auf die Neumitglieder, wieder einem mit 1998 vergleichbaren Wert leicht oberhalb einer 50-Prozent-Marke an. Gleichzeitig steigt der Anteil der Unentschlossenen, ähnlich wie bereits in der Darstellung der Basisorientierung, in den Ergebnissen von 2019 an, während die klare Ablehnung der Aussage und damit die Befürwortung einer pragmatischen Orientierung des Parteiprogramms anhand von Wählerrends auf nunmehr ein Drittel des Niveaus von 1998, zumindest innerhalb der Gesamtpartei, sinkt.

Beide Komponenten, Basis- und Grundwertorientierung, deuten 2019 weder auf die Fortsetzung des Kurses hin zu einer stärkeren Gesinnungsgemeinschaft mit mitgliederzentriertem Organisationsverständnis, noch implizieren sie den klaren Aufstieg einer pragmatisch-wählerorientierten Tendenz im Einstellungsbild der Parteimitglieder. Auf der einen Seite ist der Anteil der Parteimitglieder mit mitglieder- bzw. wertzen-triertem Organisationsverständnis nach wie vor groß, während die Forderung nach einer pragmatisch-wählerorientierten Strategie im Vergleich zu 2009 und 1998 deutlich sinkt. Auf der anderen Seite erreicht die gesinnungsgemeinschaftliche Sichtweise bei beiden Fragestellungen im Vergleich zu 2009 und 1998 deutlich niedrigeren Zuspruch zugunsten eines hohen Grades an Unentschlossenheit. Ferner können im Antwortverhalten keine Korrelationen zwischen Zustimmung bzw. Ablehnung und soziodemografischen Faktoren sowie ein Unterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen Parteimitgliedern erkannt werden, wodurch das Organisationsverständnis der LINKEN-Mitgliedschaft mit Bezug auf diese Faktoren als homogen bezeichnet werden kann.

Einen Erklärungsansatz für den schwindenden Zuspruch zur LINKEN als Gesinnungsgemeinschaft könnten einerseits ausbleibende Erfolge bei Wahlen unmittelbar

vor der Erhebung für die Mitgliederbefragung 2019 liefern. Andererseits könnte auch das Spannungsfeld einer wachsenden Distanz zwischen Parteimitgliedern und Wählern auf der soziokulturellen Achse des politischen Raums (vgl. Abschnitt 7.1) Anhaltspunkte für verschiedene Reaktionen der Parteimitglieder liefern: Während der Trend hin zu libertären Politikvorstellungen innerhalb der Parteimitgliedschaft auch durch die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2019 offenkundig bestätigt werden kann, wird dieser Kurs nicht von den Wählern der Partei getragen, die sich auf der soziokulturellen Achse zwar ebenfalls im libertären Bereich befinden, jedoch hier deutlich stärker zur Mitte tendieren. Mitglieder, die sich innerhalb der Basisorientierung für eine pragmatisch-wählerorientierte Strategie aussprechen, d.h. die Aussage des Items ablehnen und somit Meinungen der Parteimitglieder nicht über Wähleransichten stellen, nähern sich häufiger auch den Wählern auf der soziokulturellen Achse im politischen Raum an – ein zumindest leichter Effekt, der deutlicher in der Gesamtpartei beobachtet werden kann, jedoch auch bei den Neumitgliedern abgebildet wird (Abb. 78⁴⁴).

Abbildung 78: Basisorientierung (Boxplots) und Einordnung auf der soziokulturellen Achse (y-Achse)



Eigene Darstellung

In der Folge besteht – gemessen an den Anteilen derer, die die Aussage der Basisorientierung ablehnen – ein schwaches wählerorientiertes Lager, welches sich seinen politischen Ansichten den Wählern annähert und eher eine programmatische Versöhnung zwischen Parteimitgliedern und Wählern fördert. Dieses steht einem nach wie vor wesentlich stärkeren Lager von Vertretern des mitgliederzentrierten Organisationsverständnisses gegenüber, das durch den größeren Fokus hin zu libertärer Politik die Distanz zwischen Mitgliedern und Wählern manifestiert. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Erhalt eigener, von den Wählermeinungen jedoch abweichenden politischen

44 Die y-Achse bildet hierbei die soziokulturelle Achse des politischen Raums zwischen libertärem (höhere Werte) und autoritärem (niedrigere Werte) Politikverständnis aus Abschnitt 7.1 ab.

Ansichten und dem Wunsch nach elektoralen Erfolgen, die demgegenüber eine eben solche wählerorientierte Programmatik voraussetzen, erklärt darüber hinaus schlüssig den Kern der im Vergleich zu 1998 und 2009 wachsenden Unentschlossenheit unter den Parteimitgliedern.

Schließlich impliziert die soziokulturelle Distanz zwischen Mitgliedern und Wählern, die nicht zuletzt das Organisationsverständnis der Partei berührt, eine grundlegende Herausforderung der LINKEN. Ein Kernproblem, das sich angesichts drastischer Stimmenverluste – etwa bei der Bundestagswahl 2021 – und schwieriger politischer Kursbestimmung während der Krisen der eingehenden 2020er Jahre auch nach dem Erhebungszeitraum für die Mitgliederbefragung 2019 möglicherweise zugespitzt hat.

7.7 Parteiresponsivität: Die Macht der Mitglieder in der Selbsteinschätzung

Teilhabe an der innerparteilichen Willensbildung beschreibt einen wesentlichen Beitrittsanreiz für Neumitglieder, zeichnet doch bereits der kollektiv-politische Motivkomplex die wichtigsten Eintrittsmotivationen. Ebenso sah etwa die Hälfte der Mitglieder den Wunsch nach Beeinflussung des politischen Kurses der Partei als zumindest teilweise wichtigen Anreiz für ihre persönliche Beitrittsentscheidung in DIE LINKE (vgl. Abschnitt 6.1). Auch die Analyse der Political Efficacy belegt ein hohes Selbstvertrauen der LINKEN-Mitglieder in die eigenen politischen Kompetenzen und ihre Fähigkeit, komplexe Sachverhalte in der Politik zu erfassen und konstruktiv an Problemlösungen mitzuwirken (vgl. Abschnitt 6.4). Diese Befunde sind im Kern, wie bereits in früheren Kapiteln erörtert, nicht typisch für DIE LINKE, sondern beschreiben ein wesentliches Merkmal der gesamten deutschen Parteienlandschaft und stützen ein zentrales Moment der Funktionsweise von Parteien, deren innere Ordnung bereits nach Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes demokratischen Grundsätzen entsprechen muss.

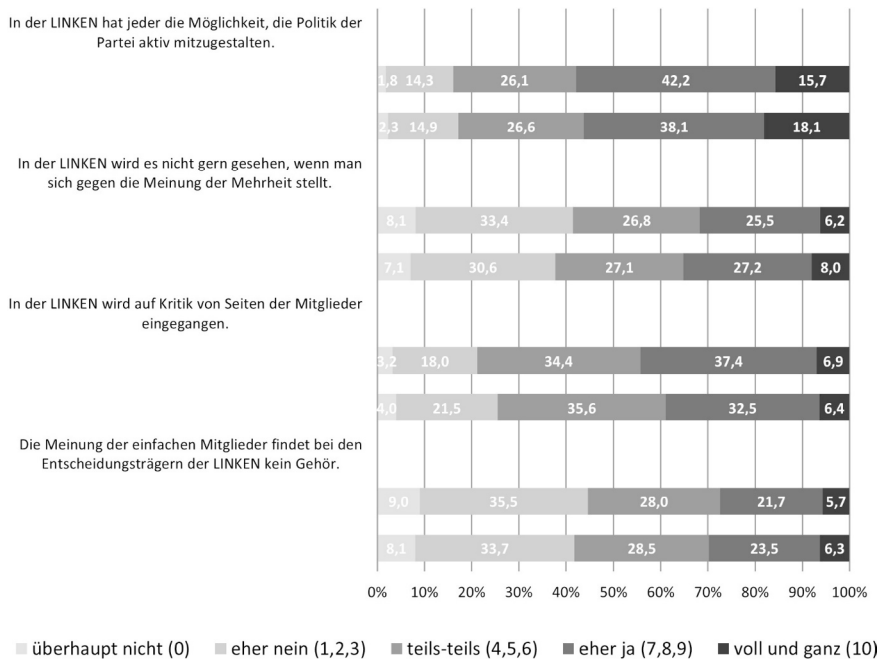
Damit eine Partei den Ansprüchen ihrer Mitglieder in Bezug auf innere Teilhabe gerecht werden kann, sollte ein hohes Maß an Responsivität (vgl. Abschnitt 3.3.4) vorliegen, wonach die Mitglieder nicht zuletzt selbst Möglichkeiten der Mitbestimmung sehen und von der Offenheit der Partei-Elite überzeugt sind.

Die Betrachtung der Einzelitems (Abb. 79), die schlussendlich die Grundlage zur Berechnung des Index-Wertes bildet, zeugt zunächst von einer positiven Einschätzung der Gestaltungsmöglichkeiten für die Parteibasis: Mit 57,9 Prozent (Neumitglieder) bzw. 56,2 Prozent (Gesamtpartei) ist mehr als die Hälfte der Mitglieder eher davon überzeugt, dass jeder die Möglichkeit hat, die Politik der LINKEN mitzugestalten. Demgegenüber stimmen lediglich 16,1 Prozent (Neumitglieder) bzw. 17,2 Prozent (Gesamtpartei) der Aussage nicht zu.

Deutlich ambivalentere Ergebnisse liegen jedoch bei den verbliebenen drei Frageitems vor. So teilen 31,7 Prozent der Neumitglieder und 35,2 Prozent der Gesamtpartei die Ansicht, dass es in der LINKEN nicht gern gesehen wird, wenn sich Parteimitglieder gegen die Meinung der Mehrheit stellen. Demgegenüber stimmen 41,5 Prozent (Neumitglieder) und 37,7 Prozent (Gesamtpartei) der Aussage nicht zu und attestieren der LINKEN hinsichtlich ihrer Responsivität damit ein positives Ergebnis. Bemerkenswert ist hierbei vor allem der Unterschied zwischen beiden Analysegruppen: Während die Ab-

lehnung der Aussage in den Reihen der Neumitglieder offenkundig höher ist als die Zustimmung (41,5 Prozent zu 31,7 Prozent), nähern sich die jeweiligen Anteile im Kontext der Gesamtpartei einander an (37,7 Prozent zu 35,2 Prozent). 27,4 Prozent der Neumitglieder und 29,8 Prozent der Gesamtpartei sind davon überzeugt, dass die Parteibasis bei Entscheidungsträgern kein Gehör findet, während die grundsätzliche Offenheit der LINKEN gegenüber Kritik der Mitglieder mit lediglich 21,2 Prozent (Neumitglieder) und 25,5 Prozent (Gesamtpartei) Ablehnung zugunsten einer eher responsiven Partei eingeschätzt wird. Letztgenanntes Frageitem beinhaltet jedoch auch den größten Anteil unentschlossener Mitglieder, wonach etwas mehr als ein Drittel beider Vergleichsgruppen der Aussage lediglich teilweise zustimmen.

Abbildung 79: Parteiresponsivität – Einzelitems (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Die Synthese der arithmetischen Mittel aller Einzelitems, der Index-Wert, belegt im Vergleich mit den Resultaten der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009⁴⁵ einen deutlichen Niedergang der Responsivität innerhalb der LINKEN (Abb. 80). Während sie sich 2009 vor Grünen (6,6) und FDP (6,2) mit 6,9 noch durch den höchsten Indexwert aller untersuchten Parteien auszeichnete, nähert sich die Mitgliedschaft 2019 in beiden Analysegruppen (Neumitglieder 5,7; Gesamtpartei: 5,6) dem deutlich niedrigeren Mittelwert

45 Vgl. Alemann/Laux 2012, S. 256.

(5,2) aller 2009 im Bundestag vertretenen Parteien an. Die Ergebnisse der Analyse aller einzelnen Items bestätigend, stehen die Mitglieder der LINKEN der Responsivität ihrer eigenen Partei in den ausgehenden 2010er Jahren überaus gespalten gegenüber.

Abbildung 80: Parteiresponsivitäts-Index; Mittelwerte



Eigene Darstellung

Eine weitergehende Abhängigkeit der Einschätzung der Parteiresponsivität von individueller Aktivität liegt nicht vor (Tab. 25). Dies konnte bereits die Deutsche Parteimitgliederstudie von 2009 parteiübergreifend feststellen.⁴⁶ Die erweiterte Betrachtung einzelner Partizipationstypen (vgl. Abschnitt 5.3) zeigt ebenfalls nur marginale Unterschiede innerhalb der Analysegruppen, wobei die Responsivität bei inaktiven bzw. passiven und ämterorientierten Neumitgliedern etwas besser wahrgenommen wird, als bei Neumitgliedern, die in der Partei lediglich während Wahlkämpfen aktiv sind oder deren Tätigkeiten ausschließlich interne Aufgabenbereiche, etwa im Rahmen eines Parteiamts, berühren.

Insofern zeichnet die Wahrnehmung der Parteimitglieder einerseits aus der Inaktivität heraus ein positiveres Bild der Responsivität, andererseits scheint es nicht verwunderlich, dass sich ämterorientierte Aktive – die ggf. selbst zur Parteielite gezählt werden können⁴⁷ oder ihr zumindest näherstehen als andere Partizipationstypen – in ihren Interessen innerparteilich wohl eher gehört und berücksichtigt fühlen als Mitglieder, die nur gelegentlich lokal in ihrer Basisgruppe tätig sind.

Ausgehend von der Annahme, dass hohe Werte im Parteiresponsivitäts-Index Voraussetzungen für eine starke Stellung der Mitglieder in der innerparteilichen Willensbildung darstellen⁴⁸, sollte die zurückhaltende und ambivalente Einschätzung der LINKEN-Mitglieder – besonders vor dem Hintergrund des deutlich positiveren Ergebnisses von 2009 – einen heutigen Handlungsschwerpunkt der Partei in Bezug auf ihre Mitglieder begründen. Dieser berührt weniger die Anreize, die zum Parteieintritt führen als vielmehr das eigene Interesse der Partei, neu gewonnene Mitglieder durch Achtung ihrer Interessen und folglich einer Steigerung responsiven Verhaltens langfristig zu halten.

46 Vgl. Alemann/Laux 2012, S. 258.

47 Vgl. Alemann/Laux 2012, S. 257.

48 Vgl. ebenda, S. 256.

Tabelle 25: Parteiresponsivität und Aktivität

Analysegruppe	Untergruppe		Parteiresponsivitäts-Index
Neumitglieder	Inaktive		5,9
	Aktive		5,6
	Partizipations-typen	Weitgehend Inaktive	5,9
		Ereignisbezogene Aktive	5,6
		Parteiinterne Aktive	5,5
		Ämterorientierte Aktive	5,9
Gesamtpartei	Inaktive		5,6
	Aktive		5,5
	Partizipations-typen	Weitgehend Inaktive	5,6
		Ereignisbezogene Aktive	5,5
		Parteiinterne Aktive	5,5
		Ämterorientierte Aktive	5,6

Während die DP 2009 noch höhere Indexwerte bei kleineren Parteien – konkret DIE LINKE, Grüne und FDP – durch homogenere Zusammensetzungen der Mitgliedschaften und der damit einhergehenden höheren Bedürfnisübereinstimmung zwischen Basis und Elite zu erklären versuchte, nähert sich DIE LINKE 2019 dem Niveau der heterogeneren Volksparteien CDU/CSU (CDU: 5,1; CSU: 4,4) und SPD (5,0) von 2009 an.⁴⁹ Zwei mögliche Schlussfolgerungen scheinen daher ausgehend von den Befunden der DP 2009 einleuchtend: Einerseits könnten alle Parteien innerhalb von zehn Jahren einen Rückgang ihrer innerparteilichen Responsivität erfahren haben und DIE LINKE stellt in diesem Zusammenhang keinen Sonderfall dar – dies kann mangels jüngerer Datengrundlage in der vorliegenden Arbeit nicht näher untersucht bzw. ausgeschlossen werden. Andererseits könnte die Bedürfnisübereinstimmung zwischen Basis und Eliten durch eine gestiegene Heterogenität in der Zusammensetzung der Mitglieder geringer ausfallen, wodurch nicht zuletzt auch Altmitglieder heute eine größere Unzufriedenheit hinsichtlich der Responsivität zeigen. Die bereits in vorangegangenen Kapiteln thematisierten Faktoren einer zunehmenden Urbanisierung der LINKEN-Mitgliedschaft, des breit gefächerten Interesses der Neumitglieder an Politikfeldern abseits des klassischen Parteifokus auf Sozial- und Außenpolitik, der Diskrepanz zwischen der Selbstidentifikation als Arbeiterpartei und einer eher akademisch geprägten Mitgliedschaft sowie alte und neue programmatische Konfliktlinien legen eine eben solche Heterogenisierung der Parteibasis in ihrer Zusammensetzung und Interessenlage als mögliche Impulskraft für die negativere Einschätzung der Responsivität nah.

49 Vgl. ebenda, S. 256f.

7.8 Strategische und programmatische Kontroversen

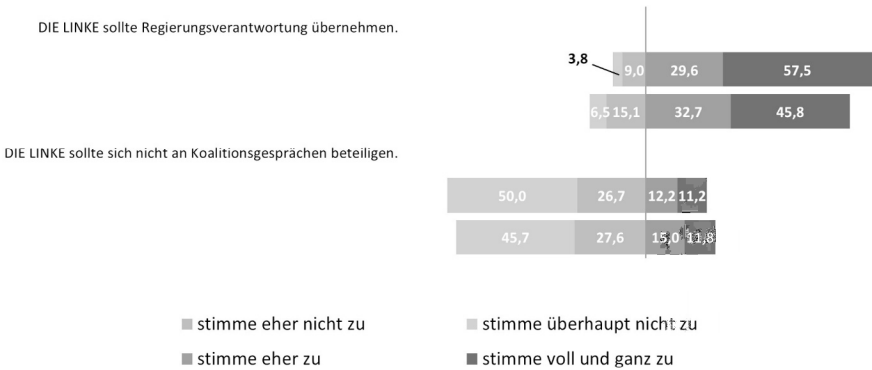
a) Regierungsverantwortung oder außerparlamentarischer Protest? Eine breite Mehrheit der LINKEN-Mitgliedschaft spricht sich für Koalitionsgespräche mit Parteien, mehrheitlich mit SPD und Grünen, aus (vgl. Abschnitt. 7.5). Wenngleich der Beitritt aus Protest gegenüber anderen Parteien im Vergleich zu anderen Motiven lediglich einen untergeordneten Beitrittsanreiz darstellt, so erachten ihn dennoch mit 34,5 Prozent (Neumitglieder) und 38,1 Prozent (Gesamtpartei) als »wichtig« oder »sehr wichtig« für ihre persönliche Beitrittsentscheidung (vgl. Abschnitt 6.1). Deutlich unterstrichen wird die gewichtige Rolle des Protestfaktors durch die Untersuchung der Beitrittsimpulse, bei denen die Ablehnung gesellschaftlicher (»kapitalistischer«) Verhältnisse sowie die Kritik gegenüber der Politik anderer, meist regierender Parteien die drittwichtigste – im Kontext der Gesamtpartei sogar zweitwichtigste – impulsgebende Kraft für einen Eintritt in DIE LINKE darstellt (vgl. Abschnitt 6.2). Das Spannungsverhältnis zwischen möglichen Regierungsbeteiligungen innerhalb des vom politischen System vorgegebenen Rahmens sowie der Bedeutung von außerparlamentarischem Protest und der Ablehnung jeglicher Regierungsverantwortung durch den Wunsch nach Fundamentalopposition stellt eine alte Konfliktlinie innerhalb der Partei dar. Welchen Weg präferieren Neumitglieder? Ist die Partei in dieser Grundsatzfrage auch in den ausgehenden 2010er Jahren überwiegend gespalten? Wo beziehen verschiedene innerparteiliche Zusammenschlüsse bzw. Flügel ihre Position innerhalb dieses alten Grabens, der die Partei spaltet?

Die grundlegende Frage, ob DIE LINKE Regierungsverantwortung übernehmen sollte, wird von der überwiegenden Mehrheit beider Analysegruppen bejaht, wobei Neumitglieder mit 87,1 Prozent im Bereich »stimme eher zu« und »stimme voll und ganz zu« eine größere Offenheit als die Gesamtpartei (78,5 Prozent) mit deutlicher Tendenz zu voller Zustimmung äußern. Die Bereitschaft für Koalitionsgespräche als integrale Voraussetzungen realistischer Erfolgchancen einer LINKEN-Regierungsverantwortung liegt bei lediglich 23,4 Prozent der Neumitglieder nicht vor und nähert sich hierbei stärker der Ablehnung in der Gesamtpartei (26,8 Prozent) an, wonach etwa ein Viertel der Mitgliedschaft Koalitionsverhandlungen mit anderen Parteien ablehnt (Abb. 81). Dieser Befund deckt sich mit den Erkenntnissen aus der Analyse der Bündnisoffenheit (vgl. Abschnitt 7.5).

Die Ergebnisse der Frage nach Parlamentarismus bzw. Widerstand und Protest als mögliche Triebkräfte gesellschaftlicher Veränderung unterstützen einerseits das Resultat der von einem Großteil der Mitgliedschaft gewünschten LINKEN-Regierungsverantwortung. Demnach stimmen über 80,0 Prozent der Befragten in beiden Analysegruppen der Aussage zu, dass die LINKE bei Wahlen um stabile Mehrheiten werben muss, um ihren Gestaltungsanspruch in der Gesellschaft geltend zu machen. Andererseits stimmen 59,6 Prozent der Neumitglieder und 68,4 Prozent der Gesamtpartei der Ansicht zu, dass nicht Regierungswechsel, sondern Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik eben solche gesellschaftlichen Veränderungsprozesse bewirken (Abb. 82). In der Folge entsteht ein zweigeteiltes, teils widersprüchliches Einstellungsbild: Zwar glauben die Parteimitglieder mit überwiegender Mehrheit an die Effizienz des Parlamentarismus, allerdings ist mehr als die Hälfte der Neumitglieder – in der Gesamtpartei mehr als zwei Drittel der Befragten – der Meinung, dass Veränderungen nicht durch den par-

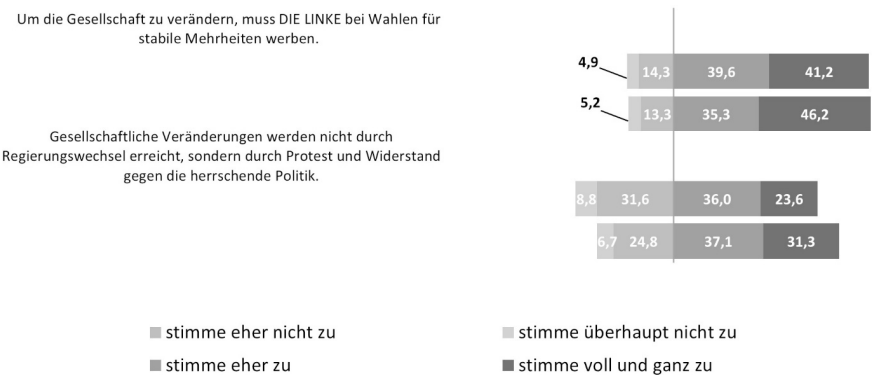
lamentarischen Weg mit dem Regierungswechsel als Kernziel erreicht werden können. Vor dem Hintergrund des LINKEN-Selbstverständnisses als Sammlungsbewegung erscheinen beide strategische Ansätze schlüssig, wenngleich sich die abgefragten Items in ihrer Formulierung im Kern gegenseitig ausschließen. In der Praxis sind Parlamentarismus und Protest durchaus vereinbar: Während die erfolgreiche Teilnahme an Wahlen und die Besetzung politischer Ämter ein integrales Interesse von Parteien darstellt, können etwa kleinere Protestaktionen »durchaus vor der eigenen Haustür erlebt werden«⁵⁰ und sind daher auch für die einfache Parteibasis aktiv greifbar.

Abbildung 81: Zustimmung zu einer LINKEN-Regierungsverantwortung; relative Häufigkeiten in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Abbildung 82: Parlamentarismus und Protest als Mittel zur gesellschaftlichen Veränderung; relative Häufigkeiten in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

50 Bergmann 2012, S. 18.

Protest stellt auch für DIE LINKE ein strategisches Instrument dar: Sie mobilisiert durch das Netzwerk »Linksaktiv« für Kampagnen⁵¹, kooperiert mit externen Akteuren, wie etwa »Blockupy«⁵² oder »Fridays for Future«⁵³ und ruft als Veranstalter selbst zu Demonstrationen auf. Auch die Parteimitglieder befürworten mehrheitlich die Kooperation und Nähe zu außerparlamentarischen Bewegungen des linken Spektrums (Abb. 83).

Abbildung 83: Kooperation mit außerparlamentarischen Bewegungen; relative Häufigkeiten in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Insofern können der Kampf um politische Mandate auf der einen und der Protest auf der anderen Seite fraglos innerhalb einer Doppelstrategie koexistieren, ohne sich gegenseitig auszuschließen. Wenn jedoch eine Mehrheit der Mitgliedschaft an möglichen gesellschaftlichen Veränderungen durch Regierungswechsel zweifelt, kann dieser fehlende Glaube an ein grundsätzliches Merkmal parlamentarischer Effizienz als Absage an einen parlamentarischen Weg in den jeweiligen Mitgliederkreisen interpretiert werden und in innerparteilichen Strategiedebatten einen Graben ausheben.

Um zu prüfen, ob und wie tiefgreifend eine strategische Spaltung in der Frage nach einer erstrebenswerten Regierungsverantwortung der LINKEN innerhalb der Mitgliedschaft vorliegt, kann das Antwortverhalten der Mitglieder unterschiedlicher ideologischer Strömungen ausgehend von den Befragungsergebnissen analysiert werden (Abb. 84⁵⁴). Die Auswahl spiegelt zwar nicht die Diversität aus den fast 40 Bundesarbeitsgemeinschaften der Partei wider, beinhaltet jedoch die wichtigsten BAGs, die Reformern (Forum Demokratischer Sozialismus) und Orthodoxen (Antikapitalistische Linke, Sozialistische Linke und Kommunistische Plattform) als organisatorische Ausgangsbasen dienen.⁵⁵ Die »Emanzipatorische Linke« nimmt als zusätzliche Strömung eine Mittelstellung zwischen beiden Lagern ein.⁵⁶

Bei allen in diesen Abschnitt abgefragten Items liegt ein offenkundig abweichendes Antwortverhalten in Abhängigkeit zur jeweiligen Lagerzugehörigkeit der Mitglieder

51 LINKS BEWEGT 2021.

52 Vgl. Kipping 2015.

53 Vgl. Schirdewan 2022.

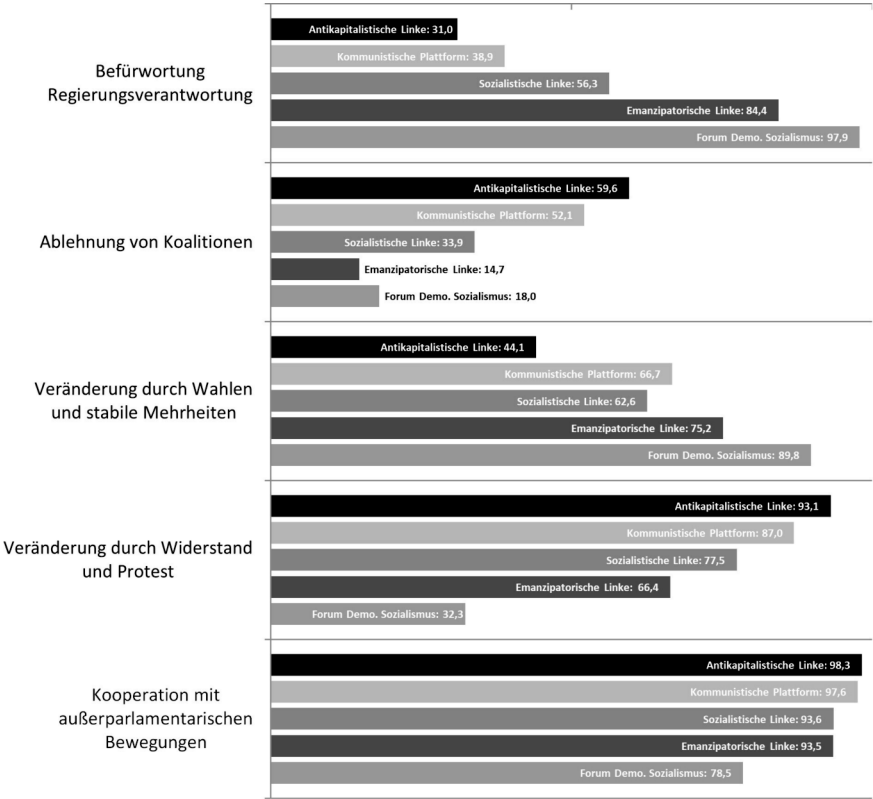
54 Die Daten beziehen sich auf die Gesamtpartei. Eine Gewichtung nach Abschnitt 4.4.3 erfolgt aufgrund der im Vergleich zu vorangegangenen Analysen ungleich niedrigeren Fallzahlen (zwischen 110 und 200 Fälle pro Strömung) nicht (vgl. Anhang 6).

55 Vgl. Decker 2023; Träger 2020a, S. 171; Oppeland/Träger 2012, S. 197–199.

56 Vgl. Decker 2023; Träger 2020a, S. 171.

vor. So befürworten zunächst 97,9 Prozent des reformorientierten Forum Demokratischer Sozialismus eine Regierungsverantwortung der LINKEN, während lediglich 18,0 Prozent Koalitionsgespräche ablehnen. Im deutlich diverseren Lager der Orthodoxen liegt innerhalb der verschiedenen Strömungen dagegen bei der Frage nach einer möglichen LINKEN-Regierungsverantwortung mit Zustimmungsteilen zwischen 31,0 Prozent (Antikapitalistische Linke) und 56,3 Prozent (Sozialistische Linke) kein einheitliches Ergebnis vor, wobei alle Resultate deutlich unterhalb der Zustimmung des Forums Demokratischer Sozialismus bzw. der Emanzipatorischen Linken zu verorten sind. Ein umgekehrtes Bild zeigt dagegen die Ablehnung von Koalitionsgesprächen, welche bei Anhängern der orthodoxen Strömungen deutlich ausgeprägter ist als in den beiden anderen Lagern.

Abbildung 84: Antwortverhalten nach innerparteilichen Strömungen; relativer Anteil der Befragten der Gesamtpartei im Bereich »stimme eher zu« und »stimme voll und ganz zu« in Prozent



Eigene Darstellung

Weniger eindeutig ist zunächst die Einstellung der unterschiedlichen Strömungen gegenüber elektoralem Erfolg als Triebkraft für gesellschaftliche Veränderungen. Erwartungsgemäß stellt dieser für Reforme einen strategischen Schwerpunkt dar, wobei je-

doch auch für das Lager der Orthodoxen die Rolle von Wahlerfolgen einen gewissen Stellenwert einnimmt. Den niedrigsten Zustimmungswert erreicht die Antikapitalistische Linke mit immerhin 44,1 Prozent. Deutliche Unterschiede bestehen wiederum bei der Beurteilung von Widerstand und Protest gegenüber Regierungswechsel: Hier bleibt das Reformerlager in seinem deutlichen Fokus auf Wahlen im Antwortverhalten weitgehend stringent – lediglich 32,3 Prozent der Anhänger des Forums Demokratischer Sozialismus stimmen der Aussage zu. Alle anderen Strömungen stimmen hingegen mehrheitlich der größeren Effizienz von politischem Protest gegenüber dem Regierungswechsel auf elektoralem Weg zu, wobei sich die Antikapitalistische Linke – ausgehend von der skeptischen Beurteilung der Rolle politischer Wahlen – durch den mit 93,1 Prozent erwartungsgemäß größten Zustimmungswert auszeichnet. Bei Anhängern der Kommunistischen Plattform, Sozialistischen Linken und Emanzipatorischen Linken ist hingegen durch die mehrheitliche Zustimmung zu beiden Fragestellungen ein ähnlicher Widerspruch erkennbar, wie bereits in der Analyse der gesamten Parteimitgliedschaft.

Schließlich stimmen große Mehrheiten aller Strömungen der stärkeren Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen linken Bewegungen zu, ohne dass diese in der Fragestellung näher konkretisiert werden. Lediglich das Reformerlager äußert sich zurückhaltender. Das Antwortverhalten folgt jedoch besonders mit Blick auf die Strömungen der orthodoxen Anhänger einer einleuchtenden Logik: Wer in Protestaktionen das größere Veränderungspotenzial für die Gesellschaft sieht, sucht verstärkt die Nähe zu außerparlamentarischen Akteuren.

Auch wenn lediglich ein Bruchteil der LINKEN-Mitglieder aktive Anhänger in einer der untersuchten Strömungen ist, so ist deren Dynamik ein gewichtiger Faktor in der innerparteilichen Willensbildung. Offene Konflikte zwischen einzelnen Strömungen zu Grundsatzfragen reichen bereits in die Zeit der Parteitage vor der Gründung der LINKEN⁵⁷, zudem spielen sie auch bei Wahlen für Parteiämter, etwa für den Bundesvorstand, bis heute eine tragende Rolle bei der personellen Zusammensetzung der Parteispitze.⁵⁸ Jüngst markierten auch die – im Januar 2024 inzwischen umgesetzten – Überlegungen Sahra Wagenknechts zur Gründung einer neuen Partei, insbesondere im Zuge innerparteilicher Kontroversen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022, eine neue Dimension der Grabenkämpfe nebst Zäsur in der Parteigeschichte: Mit Beschluss vom 10. Juni 2023 stellte der Parteivorstand fest: »Die Zukunft der LINKEN ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht«⁵⁹ und forderte die Distanzierung Wagenknechts von möglichen konkurrierenden Parteiprojekten neben der Aufforderung zur Rückgabe ihrer politischen Mandate. Die klare Distanzierung des höchsten Entscheidungsgremiums von einer der bekanntesten LINKEN-Politikerinnen und die damit drohende Spaltung stellen einen Höhepunkt innerparteilicher Konflikte dar, dessen Konsequenzen nicht zuletzt in Form eines massiven Mitgliederschwunds bis in die Basis strahlte: So sank der ab-

57 Vgl. Oppelland/Träger 2012, S. 200–212; Neugebauer 2011, S. 169–171.

58 Vgl. Kuhn 2022.

59 DIE LINKE 2023b.

solute Mitgliederbestand von 60.670 zum 31. Dezember 2021⁶⁰ drastisch auf 54.214 zum Jahresende 2022⁶¹.

b) Der Marxismus: Eisernes Fundament oder eingestaubte Tradition? Dass sich DIE LINKE in ihrem Selbstverständnis in der Tradition sozialistischer Arbeiterbewegungen und Parteien sieht und dabei auch die Lehren des Marxismus in ihrem politischen Programm verankert sind⁶², scheint trivial. Nicht nur innerparteiliche Zusammenschlüsse wie das Marxistische Forum oder die Kommunistische Plattform manifestieren die Existenz marxistischer Lehre in der heutigen LINKEN: Bereits im Transformationsprozess der SED zur PDS trugen zahllose Altgenossen marxistisches Gedankengut in die neue Partei. Heute setzt sich DIE LINKE sowie die ihr nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung nach wie vor mittels Tagungen⁶³ und Publikationen⁶⁴ mit dem Marxismus auseinander. 2017 rief Gregor Gysi eindringlich zur Ehrung von Karl Marx im Vorfeld zu dessen 200. Geburtstag auf und schlug vor, die Universität Trier, der Geburtsstadt von Karl Marx, nach ihm zu benennen:

»Ich bin bereit, eine Initiative zu unterstützen, damit endlich eine Universität in Deutschland den Namen Karl Marx verliehen bekommt.«⁶⁵

Welche Rolle spielen marxistische Ideen jedoch in der modernen LINKEN-Mitgliedschaft? Bilden sie auch in den ausgehenden 2010er Jahren das ideologische Fundament der Partei? Ausgehend von den Befragungsergebnissen besitzt der Marxismus für die überwiegende Mehrheit der Mitglieder beider Analysegruppen einen hohen Stellenwert. Werden beide Gruppen jedoch miteinander verglichen, so verliert die marxistische Lehre offenkundig an Boden: Innerhalb der Gesamtpartei sprechen sich 77,9 Prozent der Mitglieder für die Bewahrung und Weiterentwicklung als wesentliches Anliegen der LINKEN aus, 42,3 Prozent stimmen der Aussage voll und ganz zu. Bei den Neumitgliedern sinkt die Unterstützung im Vergleich um 7 Prozentpunkte auf lediglich 70,9 Prozent, wobei die volle Zustimmung lediglich von 30,4 Prozent der Befragten bekundet wird (Abb. 85).

Die schwindende Bedeutung des Marxismus wird umso deutlicher, wenn Altersgruppen betrachtet werden (Abb. 86). Dabei treten insbesondere die ältesten Parteimitglieder in der Mitgliederbefragung 2019 als Bewahrer marxistischer Lehren auf. Bereits bei den Befragten zwischen 61 und 75 Jahren sinkt die Unterstützung vergleichsweise deutlich, nachdrücklich erkennbar durch den niedrigeren Anteil der vollen Zustimmung. Schließlich stagniert die Haltung bei allen weiteren Mitgliedern auf einem nochmals deutlich geringeren Niveau.

60 Niedermayer 2022, S. 387.

61 DIE LINKE 2022.

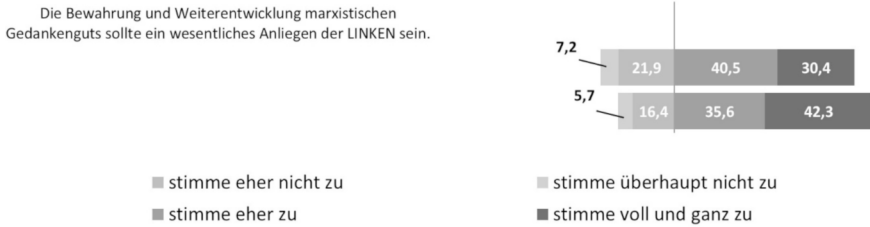
62 Vgl. DIE LINKE 2011a, S. 9 und 28.

63 Vgl. beispielhaft DIE LINKE 2023d.

64 Vgl. beispielhaft Sablowski et al. 2021; Gleeson/O'Rourke 2023.

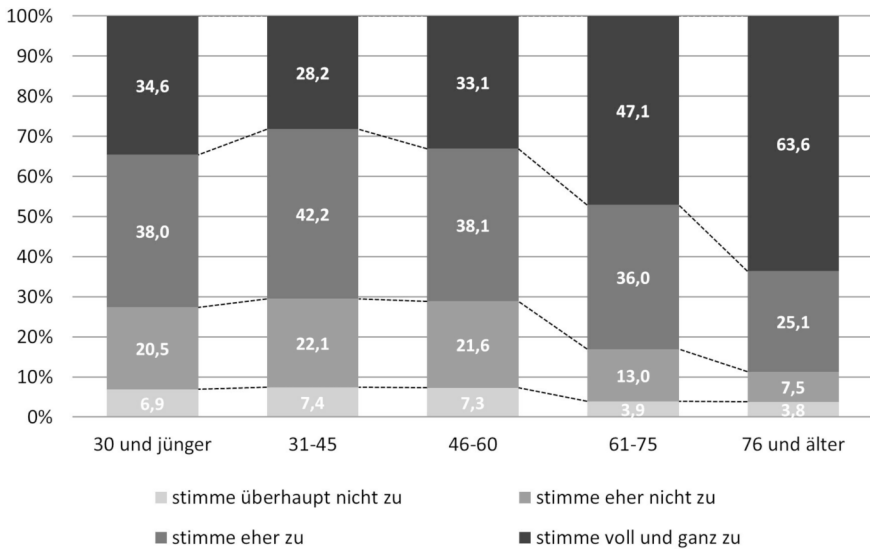
65 Gysi 2017.

Abbildung 85: Stellenwert des Marxismus: Neumitglieder und Gesamtpartei; relative Häufigkeiten in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Abbildung 86: Stellenwert des Marxismus nach Altersgruppen; relative Anteile in der Gesamtpartei in Prozent



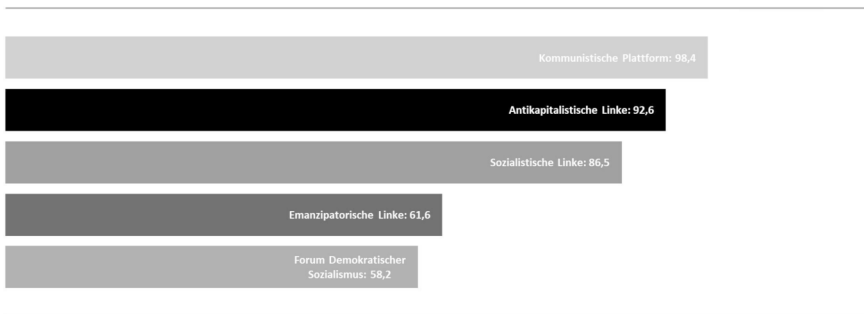
Eigene Darstellung

Steuert der Marxismus folglich durch den schwindenden Rückhalt in der Mitgliedschaft auf ein innerparteiliches Abstellgleis zu und verschwindet möglicherweise zukünftig als theoretischer Grundstein linker Parteiprogrammatik? Trotz des offenkundigen Rückgangs bei jüngeren Parteimitgliedern kann in Anbetracht der nach wie vor großen Zustimmung nicht davon ausgegangen werden, obgleich die ideologische Komponente – zumindest gemessen an der Rolle des Marxismus für die Mitglieder – künftig tendenziell weniger stark ausgeprägt sein sollte.

Ferner unterliegt der Kurs der Partei wohl nicht ausschließlich den Einstellungen in der Basis, sondern nicht zuletzt jenen der Flügel durch die Besetzung zentraler Parteiämter. Dabei halten vor allem die Anhänger orthodoxer Strömungen am Marxismus

fest (Abb. 87⁶⁶), wobei sich auch das Reformerlager mehrheitlich für den Erhalt marxistischen Gedankenguts in der LINKEN ausspricht. Schlussendlich kann demnach keine Trennung der Partei vom Marxismus prognostiziert werden, obgleich ihn nicht jeder Flügel der Partei gleichermaßen als integralen Bestandteil des politischen Wirkens der LINKEN betrachtet und er insbesondere bei künftigen Generationen von Parteimitgliedern etwas Tragweite verliert. Dabei werden nicht zuletzt Flügelkämpfe um wichtige Positionen innerhalb der Partei sowie die programmatische Kursbestimmung Einfluss auf den Stellenwert des Marxismus in der modernen LINKEN nehmen.

Abbildung 87: Stellenwert des Marxismus nach innerparteilichen Strömungen; relativer Anteil der Befragten der Gesamtpartei im Bereich »stimme eher zu« und »stimme voll und ganz zu« in Prozent



Eigene Darstellung

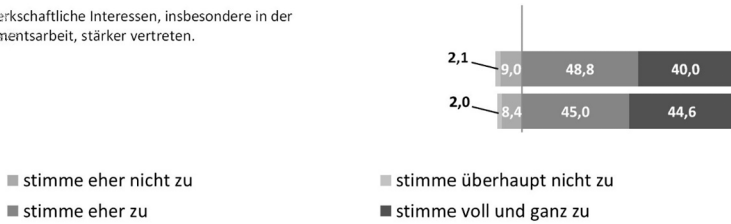
c) Gewerkschaften: Kühle Distanz oder Kooperationspartner? Spannungsverhältnisse zwischen der LINKEN und den Gewerkschaften – die in der Partei bereits nach der Gründung 2007 eher einen optionalen Partner sahen und sich traditionell durch die Nähe zur SPD einen größeren Einfluss auf die Geschicke der Regierung erhoffen (vgl. Abschnitt 3.3.4) – werfen die Frage auf, ob LINKEN-Mitglieder ein offenes Ohr gegenüber gewerkschaftlichen Interessen haben und in diesen gar einen Fokus für das Parteiprogramm sehen.

Der im Vergleich zur Bevölkerung überdurchschnittliche und an die SPD heranreichende Anteil gewerkschaftlich organisierter Mitglieder lässt den starken Wunsch nach einem gewerkschaftlichen Fokus in der Parlamentsarbeit bereits erahnen, der sich schlussendlich im Antwortverhalten zur Parteiprogrammatik widerspiegeln soll (Abb. 88). Befragte beider Analysegruppen stimmen der Aussage, dass ihre Partei verstärkt die Interessen von Gewerkschaften vertreten soll mit überwältigender Mehrheit zu und manifestieren folglich ihre Nähe zu den Arbeitnehmervertretungen im Schulterschluss mit dem Parteiprogramm der LINKEN.

66 Die Daten beziehen sich auf die Gesamtpartei. Eine Gewichtung nach Abschnitt 4.4.3 erfolgt aufgrund der im Vergleich zu vorangegangenen Analysen ungleich niedrigeren Fallzahlen (zwischen 110 und 200 Fälle pro Strömung) nicht (vgl. Anhang 6).

Abbildung 88: Stellenwert gewerkschaftlicher Interessen; relative Häufigkeiten in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)

DIE LINKE sollte gewerkschaftliche Interessen, insbesondere in der Parlamentsarbeit, stärker vertreten.



Eigene Darstellung

Auch in der Differenzierung des Stellenwerts nach parteiinternen Strömungen bekunden Mitglieder flügelübergreifend mehrheitlich Ambitionen für die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Interessen in der Parteiarbeit. Dabei stechen zwar die vorwiegend dem orthodoxen Lager zuzuordnenden Zusammenschlüsse in besonderer Weise hervor, etwa 80 Prozent der Reformer sehen jedoch ebenfalls in dieser Frage einen Schwerpunkt (Abb. 89⁶⁷).

Abbildung 89: Stellenwert gewerkschaftlicher Interessen nach innerparteilichen Strömungen; relativer Anteil der Befragten der Gesamtpartei im Bereich »stimme eher zu« und »stimme voll und ganz zu« in Prozent



Eigene Darstellung

Die Befragungsergebnisse legen den Wunsch der Mitglieder nah, die LINKE als politischen bzw. parlamentarischen Arm gewerkschaftlicher Ambitionen zu entwickeln. Trotz der eingangs thematisierten Distanzierung der Gewerkschaften war DIE LINKE zu Beginn der 2010er Jahre die einzige Partei im Bundestag, die sich – maßgeblich durch den gewerkschaftlichen Einfluss der neuen Parteimitglieder aus der ehemaligen WASG

67 Die Daten beziehen sich auf die Gesamtpartei. Eine Gewichtung nach Abschnitt 4.4.3 erfolgt aufgrund der im Vergleich zu vorangegangenen Analysen ungleich niedrigeren Fallzahlen (zwischen 110 und 200 Fälle pro Strömung) nicht (vgl. Anhang 6).

– durch eine zunehmende Verflechtung mit den Arbeitnehmerververtretungen ausgezeichnete.⁶⁸ Mit Blick auf das Wahlverhalten bleibt die Annäherung der LINKEN an Gewerkschaften jedoch einseitig: Während bei der Bundestagswahl 2009 noch 17 Prozent der Gewerkschafter ihr Kreuz bei der LINKEN setzten, sank der Anteil bereits 2013 auf lediglich 11 Prozent.⁶⁹ Zuletzt gaben im Zuge der Bundestagswahl 2021 nur noch 6,6 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Wähler der LINKEN ihre Stimme, womit die Partei weit hinter der SPD (32,1 Prozent) und der AfD (12,2 Prozent) verblieb. Letztgenannter gelang es sowohl 2017 als auch 2021 ein im Vergleich zur Bevölkerung überdurchschnittliches Wahlergebnis bei Gewerkschaftern zu erreichen, wodurch sie sich als weitere Konkurrenz für DIE LINKE im Kampf um Stimmen aus dieser Wählergruppe etablierte.⁷⁰

d) Die Migrationsfrage: Offene Grenzen oder verwirktes Gastrecht? Die angespannte Flüchtlings-situation, mit der die Bundesrepublik Deutschland im Zuge des Syrienkriegs ab 2015 konfrontiert wurde, stellt auch in der Mitgliederentwicklung der LINKEN einen Einschnitt, wenn nicht gar die größte Zäsur der 2010er Jahre dar. So ist sie nicht nur Ursache von zahlreichen Beitrittsimpulsen (vgl. Abschnitt 6.2), sondern entfachte auch eine migrationspolitische Kontroverse innerhalb der Partei, die wie kein anderes Ereignis des vergangenen Jahrzehnts in Spaltungstendenzen mündete. Sahra Wagenknecht – damals in ihrer Funktion als Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag – erklärte nach den Übergriffen auf Frauen während der Kölner Silvesternacht 2015 durch vorwiegend junge Männer aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum öffentlich:

»Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt.«⁷¹

Dabei stellte sie dies nicht im Rahmen einer persönlichen Positionierung fest, sondern sprach verallgemeinernd von einer klaren Haltung der LINKEN als Partei, worauf sich in den folgenden Tagen großer Widerstand innerhalb der Parteispitze entfaltete: So distanzieren sich der verteidigungspolitische Sprecher Jan van Aken oder der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow von Wagenknechts Aussage.⁷² Stefan Liebich, außenpolitischer Sprecher der Partei, verwies auf das Parteiprogramm, wonach auch mit Billigung Wagenknechts der Satz »Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen« aufgenommen worden sei.⁷³ Selbst die Sahra Wagenknecht nahestehenden Anhänger der Antikapitalistischen Linken innerhalb der LINKEN-Fraktion distanzieren sich von ihrer Gastrecht-Aussage.⁷⁴ Wird die weitverbreitete Annahme, dass linke Parteien eher liberale migrationspolitische Ansätze verfolgen⁷⁵, angesichts der Äußerung Wagenknechts eingeschränkt?

68 Vgl. Seibring 2010, S. 30.

69 Kahrs 2020, S. 5.

70 Deutscher Gewerkschaftsbund 2021.

71 Vgl. Hagen 2016.

72 Vgl. ebenda.

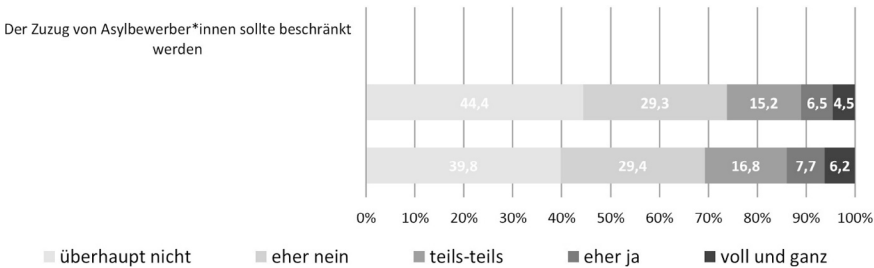
73 Vgl. Decker 2019.

74 Vgl. Lachmann 2016.

75 Vgl. Blätte 2016, S. 773.

Die Frage, ob der Zuzug von Asylbewerbern beschränkt werden sollte, trug bereits als Einzelitem zur Einordnung der Mitglieder auf der soziokulturellen Achse im politischen Raum bei. Beide Analysegruppen sprechen sich mehrheitlich gegen eine Einschränkung aus, wobei die Ablehnung der Aussage noch deutlicher bei den Neumitgliedern sichtbar wird: 44,4 Prozent von ihnen lehnen eine Beschränkung voll und ganz ab, 29,3 Prozent tendieren zu einer ablehnenden Haltung. In der Gesamtpartei stößt eine mögliche Zuzugsbeschränkung bei 39,8 Prozent der Befragten auf gänzliche Ablehnung, während – ähnlich der Gruppe der Neumitglieder – 29,4 zu einer ablehnenden Haltung tendieren (Abb. 90). Entsprechend kleiner sind die Anteile der unsicheren bzw. zustimmenden Parteimitglieder, die in Summe mit 26,2 Prozent (Neumitglieder) und 30,7 Prozent (Gesamtpartei) deutlich niedriger ausfallen.

Abbildung 90: Beschränkung der Aufnahme von Asylbewerbern; relative Anteile in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Folglich stützt die Mehrheit der Mitglieder eine erwartungsgemäß liberalere, offenere migrationspolitische Haltung, die im Schulterschluss mit dem Parteiprogramm steht und nicht zuletzt 2018 mit der von einer großen Mehrheit der Delegierten unterstützten Durchsetzung eines zentralen Antrags auf dem 6. Parteitag in Leipzig manifestiert wurde. In diesem fordert die Partei offene Grenzen bei gleichzeitiger Missbilligung von Abschiebungen.⁷⁶ Trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse bleibt in beiden Analysegruppen eine Minderheit von Parteimitgliedern mit asylkritischer bzw. unsicherer Haltung offenkundig: Etwas mehr als jedes vierte Mitglied kann die Aussage nicht klar einordnen oder spricht sich gar für eine Zuzugsbeschränkung von Asylbewerbern aus.

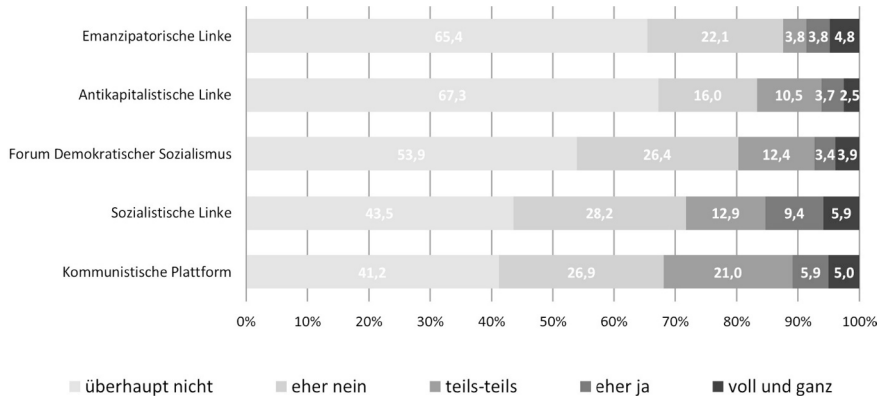
Dieser Anteil kann auch in jeweils unterschiedlichem Ausmaß in verschiedenen Strömungen der Partei vorgefunden werden (Abb. 91⁷⁷), wobei er mit 12,4 Prozent innerhalb der Ema.Li am kleinsten ausgeprägt ist – ein Umstand, der angesichts des Plädoyers für offene Grenzen seitens der damaligen Parteivorsitzenden Katja Kipping, ihrerseits prominentes Mitglied der emanzipatorischen Linken, auf dem 6. Parteitag nicht verwun-

⁷⁶ Vgl. DIE LINKE 2018b.

⁷⁷ Die Daten beziehen sich auf die Gesamtpartei. Eine Gewichtung nach Abschnitt 4.4.3 erfolgt aufgrund der im Vergleich zu vorangegangenen Analysen ungleich niedrigeren Fallzahlen (zwischen 110 und 200 Fälle pro Strömung) nicht (vgl. Anhang 6).

dert.⁷⁸ Das orthodoxe Lager suggeriert ein teilweise gespaltenes Bild: Zunächst findet die mögliche Zuzugsbeschränkung bei Anhängern der AKL größere Ablehnung als im reformorientierten fds. Demgegenüber zeichnen sich Sozialistische Linke und Kommunistische Plattform durch den größten Anteil an Skeptikern im Kontext aller verglichenen Strömungen aus.

Abbildung 91: Beschränkung der Aufnahme von Asylbewerbern nach innerparteilichen Strömungen; relative Anteile in Prozent (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Trotz aller Differenzierung besteht in allen Flügeln der LINKEN eine Mehrheit, die sich klar gegen eine Beschränkung des Asylrechts stellt und eine libertäre Position im Einklang mit dem Parteitagebeschluss von 2018 teilt. Asylkritische Stimmen in der Partei bedienen darüber hinaus wohl kaum fremdenfeindliche Ressentiments: So spricht sich der Bundessprecherrat der KPF für Flüchtlingshilfe und gegen Abschiebungen aus.⁷⁹ Fabio De Masi – bis 2022 Parteimitglied, Anhänger der SL und Mitbegründer der von Sahra Wagenknecht initiierten Sammlungsbewegung »Aufstehen« – spricht sich 2018 zwar gegen offene Grenzen, jedoch nicht aus Vorurteilen gegenüber ethnischen Minderheiten, sondern aufgrund der seiner Meinung nach unrealistischen Umsetzung auf Basis eines deutschen Alleingangs in der Migrationspolitik.⁸⁰

7.9 Zwischenfazit IV

DIE LINKE ergründet in ihrer Neumitgliederstruktur der 2010er Jahre Zielgruppen, die sich zwar in die grundlegenden Einstellungen der Gesamtpartei einbetten, von diesen

⁷⁸ Vgl. Dernbach 2018.

⁷⁹ Vgl. Kommunistische Plattform 2017.

⁸⁰ Vgl. De Masi 2018, S. 8.

jedoch im Detail abweichen. Kann im zweidimensionalen Raum, der Basis- und Grundwertorientierung sowie der Einschätzung der Parteiresponsivität noch weitgehende Kongruenz beider Analysegruppen festgestellt werden, bestehen bei anderen in Kapitel 7 behandelten Fragen Differenzen:

- Bei der Betrachtung des Inglehart-Index entsteht in der Gesamtschau eine ähnliche Verteilung der Typen bei Neumitgliedern und Gesamtpartei mit deutlichem Übergewicht der postmaterialistischen Ideal- und Mischtypen (Abschnitt 7.2, *Bestätigung Hypothese H.28*). Anders als in der Gesamtpartei stehen für die Beitrittsjahrgänge 2014 bis 2019 jedoch weniger direktdemokratische Elemente und der Einfluss auf Regierungshandeln in Vordergrund, sondern der Schutz der freien Meinungsäußerung.
- Neumitglieder der LINKEN zeichnen sich durch ein leicht höheres Vertrauen in fast alle in Abschnitt 7.3 untersuchten Institutionen aus. Dabei genießen etwa auch Bundes- und Landesregierungen, die nicht ihrer eigenen Parteifarbe entsprechen, ein höheres Vertrauensniveau, wobei dieses auch im Kontext der Gesamtpartei für DIE LINKE als Oppositionspartei noch ungewöhnlich hoch ausfällt (Abschnitt 7.3, *tw. Widerlegung Hypothese H.30*). Auch Parlamente erreichen unabhängig von deren Zusammensetzung bei Neumitgliedern optimistischere Vertrauenswerte. Misstrauen gegenüber dem Militär ist hingegen beiden Analysegruppen inhärent (Abschnitt 7.3, *Bestätigung Hypothese H.29*).
- Trotz einer im Bevölkerungsvergleich in beiden Analysegruppen überwiegenden Unterstützung der demokratischen Staatsform, erhält die Demokratie bei Neumitgliedern einen nochmals höheren Zuspruch als in der Gesamtpartei. Ebenso stehen Beitrittsjahrgänge 2014 bis 2019 der Demokratieleistung in Deutschland, d.h. dem Systemoutput, weniger skeptisch gegenüber (Abschnitt 7.4, *Widerlegung Hypothese H.31*).
- Obgleich die Bündnisoffenheit bereits in der Gesamtpartei stark ausgeprägt ist, wird sie von der Offenheit der Neumitglieder gegenüber Koalitionsgesprächen mit anderen Parteien nochmals leicht übertroffen (Abschnitt 7.5, *tw. Bestätigung Hypothese H.32*).
- Bei innerparteilichen Kontroversen tendieren Neumitglieder stärker als die Gesamtpartei zum Einstellungsbild des Reformerlagers. Dies wird besonders mit Blick auf den ausgeprägten Wunsch einer Regierungsverantwortung der LINKEN (Abschnitt 7.8 a) und in einer schwindenden Bedeutung des Marxismus (Abschnitt 7.8 b, *Bestätigung Hypothese H.35*) als theoretischen Unterbau der Partei deutlich. Darüber hinaus zeigen sich Neumitglieder etwas offener gegenüber liberalen migrationspolitischen Ansätzen (Abschnitt 7.8 d, *Bestätigung Hypothese H.33*).

In der Gesamtschau entstehen durch die Einstellungen der LINKEN-Mitglieder Spannungsfelder für die Partei:

- Zwar nähert sich DIE LINKE ihren Wählern auf der sozioökonomischen Ebene leicht an, die soziokulturelle Distanzierung der LINKEN durch eine stärkere Tendenz hin zu einem libertären Politikverständnis ist jedoch ebenfalls erkennbar (Abschnitt 7.1, *Bestätigung Hypothese H.27*).

- Die im Vergleich zu vorangegangenen Studien gestiegene Unentschlossenheit der Parteimitglieder in Bezug auf das Organisationsverständnis der LINKEN bzw. der Zwiespalt zwischen Gesinnungsgemeinschaft auf der einen und pragmatisch-wählerorientierter Partei auf der anderen Seite ist offenkundig (Abschnitt 7.6).
- Der im Vergleich zu 2009 deutlich erkennbare Rückgang der Parteiresponsivität innerhalb eines Jahrzehnts impliziert gewachsene Zerwürfnisse zwischen Basis und Parteispitze (Abschnitt 7.7, *Bestätigung Hypothese H.34*).
- Die überwiegende Offenheit gegenüber rot-rot-grünen Bündnissen einerseits, bei gleichzeitiger Ablehnung von Koalitionen in einem kleineren Teil der Mitgliedschaft sowie einem angespannten Verhältnis zu SPD und Grünen bei Altmitgliedern andererseits. Letztgenanntes wird besonders dadurch unterstrichen, dass die Unzufriedenheit mit beiden Parteien einen wesentlichen Beitrittsimpuls insbesondere in den 2000er Jahren begründete und DIE LINKE nicht zuletzt auch in den Folgejahren Sammelbecken für unzufriedene SPD- und Grünen-Austritte darstellte (Abschnitt 7.5 und 6.2).
- Die teilweise Fragmentierung der Partei in innerparteiliche Strömungen bei inhaltlichen und strategischen Schwerpunktthemen stellt ein mögliches Konfliktfeld dar. Hierbei ist etwa die Frage einer möglichen Regierungsverantwortung der LINKEN entscheidend, die sich deutlich in Differenzen zwischen orthodoxen und reformorientierten Flügeln äußert. Die Tatsache, dass sich vornehmlich Neumitglieder vermehrt und im Sinne der Reformer für Koalitionen und Regierungsbeteiligungen aussprechen, könnte auf jene Parteimitglieder exkludierend wirken, die in der LINKEN vorrangig eine Fundamentalopposition sehen (Abschnitt 7.8 a).
- Auch eine Debatte um den Marxismus als theoretischen Grundstein der Partei könnte sich in Grabenkämpfen zwischen Anhängern von verschiedenen Strömungen und in einem Generationskonflikt zwischen jungen und alten Mitgliedern widerspiegeln. Die Bedeutung marxistischen Gedankenguts ist speziell im Reformerlager und bei Neumitgliedern weniger stark ausgeprägt (Abschnitt 7.8 b).
- Nicht zuletzt bestand die Gefahr von Spaltungstendenzen auch durch die Entzweiung von Mitgliedschaft und besonderen Persönlichkeiten an der Parteispitze. So vertrat Sahra Wagenknecht, die mit Blick auf Beitrittsimpulse durch Spitzenpolitiker den wichtigsten Faktor für Neumitglieder darstellte (Abschnitt 6.2), etwa im Zuge der Flüchtlingssituation 2015 eher zuwanderungskritische Positionen, die von der Mehrheit der Parteimitglieder abgelehnt wurden (Abschnitt 2.8 d) – ein Bruch, der nicht zuletzt zu Wagenknechts Austritt 2023 beitrug.

Dass sich diese 2019 festgestellten Herausforderungsschwerpunkte der Partei angesichts der in der vorliegenden Studie noch nicht erfassten Krisenereignisse von 2020 (Corona-Pandemie) und 2022 (Russischer Überfall auf die Ukraine) durchaus verstärkt haben könnten, legen nicht zuletzt elektorale Misserfolge, Spaltungstendenzen und ein beträchtlicher Rückgang der Mitgliederzahlen innerhalb der LINKEN nahe. So sollten sich besonders inhaltliche Kontroversen zwischen Sahra Wagenknecht und ihren Anhängern und Gegnern auch in den Folgejahren bei Debatten um eine mögliche Corona-

Impfpflicht⁸¹ oder dem Umgang mit Russland nach dem Überfall auf die Ukraine⁸² entfalten. Der Bruch zwischen ihr und weiten Teilen der Partei markiert eine Zäsur, die sich in Rück- und Austritten prominenter Parteimitglieder⁸³, der Diskussion um die Gründung einer neuen »Wagenknecht-Partei«⁸⁴ und nicht zuletzt einer inhaltlichen Polarisierung innerhalb der Mitgliedschaft äußerte. Im Oktober 2023 trat Sahra Wagenknecht schließlich aus der LINKEN aus, um mit dem Verein »Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit« (BSW) die Gründung einer neuen Partei zu forcieren.⁸⁵

81 Vgl. Lehmann 2021.

82 Vgl. SPIEGEL Online 2022a.

83 Vgl. Ripperger 2023; WELT online 2022.

84 Vgl. King 2023.

85 Vgl. Bündnis Sahra Wagenknecht 2023.